GRENZWERTIG

Zeitschrift für Migration und Menschenrechte | Ausgabe #9 | Frühling 2019 | kostenlos

Seenotrettung ist kein Verbrechen.

Das Verbrechen ist die Abschottung Europas,

die sie nötig macht.

MULTIKULTURELLES ZENTRUM TRIER

Getragen von dem Gedanken, dass alle Menschen, egal welcher Herkunft, gleich behandelt werden müssen, versteht sich das Multikulturelle Zentrum als Verein, der sich gegen Rassismus und Ausgrenzung und für eine gleichberechtigte Teilhabe von Migrant*innen und Refugees (Geflüchtete) einsetzt.

Überall dort, wo eine Ungleichbehandlung von Migrant*innen stattfindet, sieht sich das selbstverwaltete Zentrum verpflichtet, dem entgegenzuwirken.

Dabei ist das Zentrum ein Verein, der sich mit den Migrant*innen und Refugees zusammen für die Rechte, Chancengleichheit und Teilhabe in allen Lebensbereichen einsetzt.

Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, engagiert sich das Zentrum in drei Bereichen:
Bildung, Kultur und Politik.

Kontakt:

Multikulturelles Zentrum Trier e.V.
Balduinstraße 6
54290 Trier

Telefon: 0651-48497
E-Mail: buero@multicultural-center.de
Hompepage: multicultural-center.de

Spenden:

Konto: Multikulturelles Zentrum Trier e.V.
IBAN: DE 90 58550130 0002 0666 03
BIC: TRISDE55XXX

Gerne stellen wir Ihnen
eine Spendenquittung aus.

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

Die letzte gedruckte Ausgabe unserer Zeitschrift liegt nun fast fünf Jahre zurück. Zwischenzeitlich hat es Versuche mit einer Online-Veröffentlichung gegeben, die aber eher unbefriedigend waren. Nach der großen Herausforderung der Ankunft vieler Geflüchteter in den Jahren 2016 und 2017 hatte sich eine Art kollektives Burnout in der Szene der Aktivist*innen eingestellt, der nun überwunden werden konnte. Zudem hat das Multikulturelle Zentrum im vergangenen Jahr tatkräftige Unterstützung gewonnen, sodass nun wieder Kapazitäten frei geworden sind und in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz eine neue „echte“ *Grenzwertig* entstehen konnte.

Die Herausgabe einer Zeitschrift, die das Themenfeld „Migration und Menschenrechte“ in den Mittelpunkt stellt, erscheint uns nötiger denn je. Die politische Lage hat sich in diesem Bereich in den letzten Jahren stark zum Schlechteren verändert. Einige dieser Entwicklungen sollen in dieser Ausgabe angesprochen werden. Aufgeteilt ist diese Grenzwertig in vier Themenblöcke:

- *Geflüchtete vor Ort*
- *Seenotrettung,*
- *Über den Tellerrand*
- *Neue Rechte.*

Markus Lauterborn und Matthias Köberlein prangern die kaum zu bewältigenden Anforderungen an, die das BAMF an Asylsuchende stellt, wenn es darum geht, die eigene Geschichte möglichst lückenlos zu präsentieren. Dass das in vielen Fällen aufgrund von Traumatisierungen kaum möglich ist, zeigt Miriam Schmitz auf, die sich mit Flucht und Duldung aus traumapsychologischer Perspektive auseinandersetzt.

Zuhra Hassanzada stellt die Trierer Gruppe *Jugendliche ohne Grenzen* vor, die sich für das Bleiberecht für alle, den Zugang zu Bildung und gleiche Rechte für alle einsetzt. Vincent Maron berichtet aus dem Schmit-z von der Arbeit mit LSBTIQ-Geflüchteten und ihrem Alltag in Erstaufnahmeeinrichtungen sowie der Repression in ihren Heimatländern. Ruth Lieser schreibt zu Antisemitismus unter Geflüchteten und wie diesem kritisch und wirksam begegnet werden kann.

Europa schottet sich strikt ab und stellt erheblich mehr Mittel für die sogenannte Grenzschutzagentur *Frontex* zur Verfügung. Der designierte EU-Kommissionspräsident Manfred Weber (CSU) hat der globalen Bewegungsfreiheit den Kampf angesagt. Er will die „illegale Migration“ „auf Null senken“ und schlägt „Umsiedlungsprogramme“ für Geflüchtete vor. Die Schiffe der privaten Seenotrettungsorganisationen im Mittelmeer werden in italienischen Häfen festgesetzt. Die Aktivist*innen werden mit lächerlichen Begründungen verklagt. Der Tod zahlreicher Menschen im Mittelmeer ist die Folge. Benedikt Funke, der ehemals Kapitän des Seenotrettungsschiffes *Iuventa* war und heute zu Seenotrettung forscht, beschreibt die Verschiebung in der öffentlichen Debatte zum Thema von humanitären Gesichtspunkten hin zu Sicherheitsthemen. Das europäische Grenzregime steht im krassen Widerspruch zu den Lippenbekenntnissen zum Humanismus durch europäische Politiker*innen. Christiane Jellonek und Björn Brisch interviewten die Sea-Watch-Aktivistin Maria Drenk, die von ihrer Arbeit und der Lage auf dem Mittelmeer berichtet.
Auf globaler Ebene sind viele autoritäre und insbesondere rechtspopulistische Regierungen an der Macht. In Myanmar fand ein schrecklicher

Genozid an der Minderheit der Rohingya statt und die Weltgemeinschaft reagierte kaum.
Theresa Berg berichtet über die Lage der Rohingya aus Cox's Bazar, dem Flüchtlingscamp in Bangladesch. Dujeen Muhamad schreibt in ihrem Text „Gardenie" von der schmerzhaften Realität, ihre Heimat, das kurdisch-syrische Afrin, verlassen zu müssen.

Die etablierte Politik in Europa lässt sich von der Neuen Rechten allzu häufig inhaltlich beeinflussen. Klara Steinmetz, Niklas Wünsch und Max Gerlach setzen sich mit dem Verhältnis der Neuen Rechten (hier AfD und NPD) zu Marx und Marxismus auseinander, dabei ausgehend von den Veranstaltungen rund um die Enthüllung der Karl-Marx-Statue am 5. Mai in Trier. Desweiteren beschäftigen sie sich damit, wie ein antifaschistischer Umgang mit der AfD aussehen könne.
Max Karbach beleuchtet die ideologischen Hintergründe der Autoren Benoist, Camus und Dugin.

Das Multikulturelle Zentrum freut sich über Spenden, neue Mitglieder und interessierte Menschen, die vorbeischauen. Diese Ausgabe ist auch online als PDF verfügbar unter: *www.multikulturelles-zentrum-trier.de/grenzwertig-zeitschrift*

Die Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz bedankt sich für die Kooperation. Die Beiträge in dem Band spiegeln in erster Linie die Positionen der Autor*innen wider, nicht zwangsläufig die der Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz oder des Multikulturellen Zentrums.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen!

Chiara Chassé und Matthias Köberlein

INHALT

TEIL EINS
Arbeit mit Geflüchteten vor Ort

03 Die gute Story zählt
11 Flucht und Duldung aus (trauma-) psychologischer Perspektive
14 Jugendliche ohne Grenzen in Trier und Bundesweit
16 LGBTIQ - Refugees
18 Warum versucht ihr es nicht?

TEIL ZWEI
Seenotrettung

20 How Search and Rescue NGOs in the Central Mediterranean got under fire in the debate on migration
25 Interview: »Die Augen zu ver schließen und nichts zu tun, ist für mich keine Alternative«

TEIL DREI
Über den Tellerand

29 Vertrieben und Vergessen
34 Gardenie

TEIL VIER
Neue Rechte

35 5,50 Meter Projektionsfläche
46 Die neue Rechte und die Zukunft Europas

DIE GUTE STORY ZÄHLT

Bei der Anhörung zum Asylantrag wird von jungen Asylsuchenden erwartet, dass sie ihre Geschichte detailreich und stringent erzählen. Sonst droht die Abschiebung.

von Matthias Köberlein und Markus Lauterborn
(beide Multikulturelles Zentrum Trier e.V.)

In unserer Arbeit mit Geflüchteten haben wir immer wieder mit den juristischen Verfahren zu kämpfen, die uns die kaum aussprechliche Härte von Staat und Gesetz vor Augen führen. Die Unaussprechlichkeit versuchen wir hiermit zu überwinden. Wir wollen die Argumentation der Behörden offenlegen und kritisieren, um so zu einer humanistischeren Asylpolitik anzuregen. Dazu haben wir uns sieben Ablehnungsbescheide des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in anonymisierter Form zur Auswertung vorgenommen. Die Bescheide sind in einer für viele Betroffene unverständlichen Sprache verfasst. Die Jugendlichen wissen zudem im Vorfeld nicht, wie das deutsche Asylsystem funktioniert und was von jemandem erwartet wird, damit ihm oder ihr hier Schutz garantiert wird. Um jene Erwartungen – welche unangemessen hoch angesetzt sind, wie dieser Artikel herausstellen wird - adäquat erfüllen zu können, bedarf es einer sehr guten und umfassenden Vorbereitung. Zudem erweisen sich die Entscheidungen oftmals als juristisch anfechtbar. Ohne eine juristisch kompetente Begleitung sind die betroffenen Personen somit zumeist großer bürokratischer Willkür ausgesetzt. Dieser Artikel möchte mehr Öffentlichkeit schaffen. Die sieben betroffenen Geflüchteten sind alle sogenannte unbegleitete minderjährige Asylsuchende. Die Bescheide stammen aus den Jahren 2017 und 2018.

Die Ablehnungsbescheide (Antwortbescheide), die wir hier thematisieren, stellen ein entscheidendes Dokument im Asylverfahren dar. Genauer gesagt: Mit diesem Bescheid wird der betroffenen Person die Entscheidung über den Rechtsstatus, der ihr zuerkannt wird, mitgeteilt. Dieser Rechtsstatus beeinflusst den weiteren Lebensweg der Betroffenen grundlegend. Die Entscheidung trifft ein*e sogenannte*r Entscheider*in des BAMF auf der Grundlage einer Anhörung. Diese haben teilweise eine bloß sechs Wochen dauernde Ausbildung durchlaufen.[1] Die Qualifikation der Entscheider*innen ist aufgrund der Kürze der Ausbildung stark zu bezweifeln. Mögliche Entscheidungen, welche zu einem rechtlich legitimierten Aufenthalt führen, sind: Anerkennung als Flüchtling (16%), subsidiärer Schutz (11%) und Abschiebungsverbot (5%). In den Klammern sind die jeweiligen Anerkennungszahlen in Prozent

1 Merkur.de [2018]: https://www.merkur.de/politik/bamf-skandal-ist-verantwortungslos-bamf-mitarbeiter-nennt-massive-wissensluecken-bei-asyl-entscheidern-9953429.html [20.02.2019].

für Januar bis September 2018 in Deutschland angegeben.[1] 35% der Asylanträge wurden in diesem Zeitraum abgelehnt. Eine weiterer hoher Anteil (32%) fällt unter die Kategorie der sogenannten ‚Formellen Entscheidungen'. Diese erfolgen ohne inhaltliche Prüfung des Asylantrags, etwa bei der Feststellung der Zuständigkeit eines anderen EU-Staates nach der Dublin-Regelung [ebd].
Die Anerkennung als Flüchtling kann auf Grundlage zwei verschiedener Gesetzestexte zugesprochen werden. Zum einen gibt es die sogenannte Asylberechtigung, welche im Grundgesetz verankert ist (Art. 16a GG). Zum anderen beruht die sogenannte Flüchtlingseigenschaft auf der Genfer Flüchtlingskonvention, welche in der deutschen Gesetzgebung im Asylgesetz (§3 AsylG) umgesetzt wurde. Die Definition in Art. 16a GG beschränkt sich alleine auf politisch verfolgte Menschen, während die Flüchtlingseigenschaft auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention darüber hinaus „begründete Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe" als Grund für Schutz festlegt. Der subsidiäre Schutz ist ebenfalls im deutschen Asylgesetz (§4) umgesetzt. Dieser Schutzstatus gilt für Menschen, deren Situationen nicht in die Kategorisierung der beiden oben genannten Flüchtlingsstatus passen, denen in ihren Herkunftsstaaten jedoch Folter, Todesstrafe, unmenschliche Behandlung oder eine ernsthafte Bedrohung ihrer Unversehrtheit droht, etwa aufgrund eines Bürgerkrieges. Während die volle Anerkennung als Flüchtling oder Asylberechtigte*r zu einer dreijährigen Aufenthaltserlaubnis führt, gilt die des subsidiären Schutzes nur für ein Jahr und wird nach dieser Zeitspanne neu geprüft.[2] Im Vergleich zur Anerkennung als Flüchtling ist der subsidiäre Schutz mit rechtlichen Einschränkungen verbunden. Werden der Flüchtlingsstatus sowie der des subsidiären Schutzes nicht anerkannt, so erfolgt für gewöhnlich eine Ausreiseanordnung. Wird dieser nicht nachgekommen, droht in der Regel die Abschiebung. Aus verschiedenen Gründen kann oder muss die Abschiebung jedoch ausgesetzt werden, beispielsweise aufgrund menschenrechtlicher oder humanitärer Gründe, betreffend das Herkunftsland oder die persönliche Situation, zur Wahrung politischer Interessen oder aus völkerrechtlichen Gründen (§§60 und 60a Aufenthaltsgesetz), hier greift das oben erwähnte Abschiebungsverbot. Eine Abschiebung kann ebenfalls nicht durchgeführt werden, wenn die Identität der betroffenen Person nicht geklärt ist, oder wenn sich das Herkunftsland weigert die Person wieder aufzunehmen. Statt einer Aufenthaltserlaubnis erhalten jene Menschen eine Duldung. Diese geht mit starken rechtlichen Einschränkungen einher. So zum Beispiel einer Wohnsitzauflage, sehr hohen bis unmöglich zu überwindenden Hürden zur Partizipation auf dem Arbeitsmarkt sowie Leistungen unterhalb der deutschen Sozialhilfe.[3] Duldungen gelten in der Regel für jeweils drei Monate und können verlängert werden, wenn der Grund für den Abschiebestopp weiterhin besteht. Wie der Name bereits sagt, sind diese Menschen bloß geduldet, die Pflicht auszureisen entfällt keineswegs. Sobald aus Sicht der Behörden die Gründe der „vorübergehenden Aussetzung der Abschiebung" entfallen, die Identität der betroffenen Person geklärt wurde oder der Herkunftsstaat sich doch dazu bereit erklärt sie aufzunehmen, kann nach sieben Tagen nach Verfall der Duldung die Abschiebung durchgeführt werden.
Der statistischen Wahrscheinlichkeit, einen Asylstatus zu erlangen, stehen die individuellen Schicksale gegenüber. In unserem Fall geht es um sieben Jugendliche, die aus unterschiedlichen Gründen ohne Personensorge- oder Erziehungsberechtigte, also insbesondere ohne Eltern oder andere Verwandte, nach Deutschland gekommen sind, also eine besonders vulnerable Gruppe. Zwei der Jugendlichen kommen aus Subsahara-Afrika (dem Tschad und Guinea), drei aus Afghanistan, je einer aus Marokko und dem Iran. Sie haben in den Jahren 2016 und 2017 in Deutschland Asyl beantragt.

1 Bundeszentrale für Politische Bildung [2018]: Zahlen zu Asyl in Deutschland. URL: https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/flucht/218788/zahlen-zu-asyl-in-deutschland [20.02.2019].

2 Anwalt.org [2018]: Flüchtlingsstatus: diese Arten von Asyl gibt es. URL: https://www.anwalt.org/asylrecht-migrationsrecht/fluechtlingsstatus/?fbclid=IwAR35J5EfQFQMFclz3_g_7VpYhdpGx63GQuoEjvS3uZZ2n2_bsA6QSJQQSkU [22.12.2018]

3 Anwalt.org [2018]: Die Duldung: Nicht drinnen und nicht draußen. URL: https://www.anwalt.org/asylrecht-migrationsrecht/duldung/#Was_ist_eine_Duldung [24.11.2018].

Die sieben hier behandelten Jugendlichen sind alle männlich. Sicher wäre eine Perspektive von weiblichen Geflüchteten in diesem Kontext wichtig und angebracht. Im Rahmen unserer Recherche konnten wir jedoch leider keinen Bescheid einer weiblichen unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten finden. Diese sind zahlenmäßig mit 8,3% tatsächlich äußerst unterrepräsentiert.[1]

Armut in Subsahara-Afrika führt zu Abschiebungsverboten

Der Asylantrag von Taye[2], der 2001 im Tschad geboren ist, wird abgelehnt. Jedoch wird ein Abschiebeverbot festgelegt. Das Erste, was man in den Bescheiden zu lesen bekommt, ist die Zusammenfassung der Kernaussagen aus der Anhörung. Taye gibt an, seine Eltern seien früh verstorben aufgrund eines Konflikts zwischen zwei Volksgruppen. Anschließend wurde er von einem Bekannten der Familie aufgenommen, von diesem geschlagen und zu unbezahlter Arbeit gezwungen. Des Weiteren wurden während seines Zwischenaufenthalts in Libyen bei einer Gelegenheitsarbeit auf einem Bauernhof zwei seiner Kollegen in seiner Anwesenheit von ihrem Chef erschossen. Nun habe Taye erhebliche Angst, wieder nach Libyen zurückzukehren. Diese Dinge erfüllen laut dem Bescheid weder die Voraussetzungen der Anerkennung als Flüchtling noch die des subsidiären Schutzes.
Als Grund für das Abschiebeverbot wird schließlich die erschreckend schlechte wirtschaftliche Lage im Tschad genannt: Das Land liegt 2015 auf Platz 185 von 188 im Human Development Index, circa 80 Prozent der Bevölkerung leben in absoluter Armut. Zusammengenommen mit Tayes Lage als fast vollständig isoliert, ohne Familienverband und Ausbildung, führe die Situation dazu, dass Taye nicht abgeschoben werden darf. Seine Minderjährigkeit wird in diesem Kontext zudem als Kriterium angeführt – es könnte also in nicht allzu weiter Ferne doch die Abschiebung drohen, sobald Taye die Volljährigkeit erreicht hat oder wenn nach einem Regierungswechsel oder auch innerhalb der momentanen Regierung beschlossen wird, dass die Lage im Tschad doch tragbar wäre.
Ganz ähnlich verläuft der Fall des zweiten geflüchteten Jugendlichen aus Subsahara-Afrika, der hier thematisiert wird. Amidou ist aus Guinea in Westafrika geflüchtet. Für ihn wird ebenfalls ein Abschiebungsverbot festgelegt. Auch bei Amidou ist die soziale Isolation, mit der er in seinem Heimatland konfrontiert war, der entscheidende Faktor, der ihn vorerst vor einer Abschiebung schützt. Weil Amidous Eltern verstorben sind, lebte er bei seinem Onkel, der den Jugendlichen schwer vernachlässigte und misshandelte: Er gab ihm kein Essen, keinen anständigen Schlafplatz und schlug ihn. Amidou verkaufte Plastiktüten auf dem örtlichen Markt, womit er sein Leben nicht bestreiten konnte. Die*der Asylentscheider*in wertet die Probleme mit dem Onkel als nicht intensiv genug, als dass sie Verfolgung gelten könnten. Todesstrafe oder Folter sind in Guinea ebenfalls nicht festzustellen. Die entscheidenden Argumente für ein Abschiebeverbot sind in Amidous Fall ähnlich wie bei Taye: erstens die flächendeckende Armut in dem afrikanischen Staat – absolute Armut, große Arbeitslosigkeit und die Ebola-Krise – und zweitens die persönlichen Umstände des jungen Mannes in der besonderen Situation seiner Minderjährigkeit.
Die beiden afrikanischen Fälle zeigen große Gemeinsamkeiten, die auf eine Linie des BAMF in Sachen der afrikanischen Asylanträge hinweisen: Politisch relativ stabile Staaten erlauben die Anerkennung als Asylfälle nicht. Die Abschiebung kann nur verboten werden, weil eine Kombination aus einer sozialen Isolation auf persönlicher Ebene und einer desolaten ökonomischen Situation auf staatlicher Ebene von den Betroffenen glaubhaft gemacht werden kann. Das ausgehöhlte Asylgesetz, das Armut nicht als Asylgrund anerkennt, einerseits und das Fehlen eines Einwanderungsgesetzes andererseits, machen ein Bleiberecht für Geflüchtete aus den Subsahara-Staaten nahezu unmöglich. So bleiben viele Betroffene jahrelang im quälenden Status der sogenannten Kettenduldung – also der permanenten Verlängerung der Duldung ohne Aussicht auf einen besseren und humaneren Aufenthaltsstatus. Auf der persönlichen, emotionalen Ebene ist der Zustand einer solchen Kettenduldung für die Geflüchteten sehr hart.

1 Tangermann, Julian & Hoffmeyer-Zlotnik, Paula (2018): Unbegleitete Minderjährige in Deutschland. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/EMN/Studien/wp80-unbegleitete-minderjaehrige.pdf?__blob=publicationFile , S. 15-19, [27.12.2018]

2 Namen wurden geändert.

Wird das Abschiebungsverbot aufgehoben, kann die Abschiebung innerhalb von sieben Tagen nach einer Ankündigung erfolgen, in Ausnahmefällen auch schneller. Die Betroffenen leiden also permanent unter einer meist existenziellen Bedrohungslage. Gleichzeitig erlauben es die rechtlichen Einschränkungen einer Duldung den Betroffenen zumeist nicht, einen ihren Wünschen und Bedürfnissen entsprechenden Alltag zu gestalten. Für die Psyche ist diese Situation schwer auszuhalten. Miriam Schmitz thematisiert diesen Zustand ausführlich in ihrem Artikel in dieser Ausgabe der Grenzwertig. Wir möchten an dieser Stelle betonen, dass diese gesetzlichen Regelungen in Deutschland politisch gewollt sind. Sie sind Ergebnis politischer Debatten und demokratischer Verfahren. Hier werden Menschen systematisch in die Isolation getrieben.
Inwiefern die Minderjährigkeit Tayes und Amidous ausschlaggebend für das Abschiebeverbot ist, wird aus den Formulierungen der Bescheide nicht ersichtlich. Dafür, dass die Minderjährigkeit hier keine allzu hohe Relevanz hat, sprechen die statistischen Daten. Während die Anerkennungsquote 2017 in Deutschland bei Bürger*innen aus dem Tschad bei 11,4% von 126 Anträgen lag und bei jenen aus Guinea bei 15,5% von 3.953 Anträgen[1], wurden im gleichen Jahr 12 Menschen nach Guinea abgeschoben, in den Tschad niemand.[2]

Marokko – rassistische Aushebelung der Achtung des Kindeswohls

Für Mustafa sieht die Lage anders aus. Für ihn wird nicht mal ein Abschiebeverbot ausgesprochen, dafür jedoch eine Ausreiseanordnung – trotz seiner Minderjährigkeit. Im Gegensatz zum Tschad und Guinea wird die wirtschaftliche Lage in Marokko als relativ stabil eingeschätzt. Um dies zu unterfüttern, wird in dem knapp gehaltenen Ablehnungsbescheid das wachsende Bruttoinlandsprodukt des Staates aufgeführt.
Mustafa ist Waise. Vor seiner Einreise nach Deutschland hat er sich drei Jahre lang auf den Straßen in Marokko und Spanien durch Betteln und Gelegenheitsarbeiten über Wasser gehalten. Hier scheint für die*den Entscheider*in des BAMF die Sache klar zu sein: Wenn sich Mustafa die letzten drei Jahre so durchschlagen konnte, warum dann nicht auch in Zukunft? Jugendschutz sowie die Achtung des Kindeswohls scheinen in der deutschen Asylpraxis also wohl nach Nationalität stark zu variieren. Diese Vorgehensweise widerspricht beinahe allen zentralen Prinzipien der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen: der vorrangigen Berücksichtigung des Kindeswohls bei allen Maßnahmen, die das Kind betreffen, dem Verbot von Diskriminierung von Kindern unter anderem wegen der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft und der Gewährleistung der Entwicklung des Kindes im größtmöglichen Umfang.[3]
Auch bei Taye und Amidou werden diese rechtlichen Prinzipien trotz des Abschiebeverbots scharf beschnitten.

Afghanistan

Abschiebungen nach Afghanistan sind in der Debatte um die deutsche Asylpolitik eine der umstrittensten Praktiken der deutschen Regierung – und in unseren Augen die menschenverachtendste. Einer der hier behandelten Fälle, Amir, ist afghanischer Staatsbürger. Die Entscheidung des BAMF, seinen Asylfall betreffend ist komplett negativ, also auch ohne ein Abschiebeverbot. Amir ist 2016 auf dem Landweg eingereist. Seit seinem fünften Lebensjahr hat er mit seiner Familie in Pakistan gelebt. Seine Familie hat sich mit ihm zerstritten, weil er sich in ein pakistanisches Mädchen verliebt hatte. Deshalb durfte Amir die Schule nicht mehr besuchen. Mittlerweile sind drei seiner Brüder nach Afghanistan

1 Laenderdaten.info [2017]: Asylanträge von Flüchtlingen aus dem Tschad. URL: https://www.laenderdaten.info/Afrika/Tschad/fluechtlinge.php sowie ebd. Asylanträge von Flüchtlingen aus Guinea: https://www.laenderdaten.info/Afrika/Guinea/fluechtlinge.php [jeweils 27.12.2018]

2 Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf kleine Anfrage der Linken [2018] URL: https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/008/1900800.pdf [27.12.2018]

3 Tangermann, Julian & Hoffmeyer-Zlotnik, Paula (2018): Umbegleitete Minderjährige in Deutschland. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/EMN/Studien/wp80-unbegleitete-minderjaehrige.pdf?__blob=publicationFile , S. 15, [27.12.2018]

zurückgekehrt, weshalb Amir Angst hat, dorthin zurückzumüssen. Vom BAMF wird Amir kein Flüchtlingsstatus, kein subsidiärer Schutz und auch kein Abschiebungsverbot zuerkannt, da aus Sicht der Behörde in seinem Fall keine Verfolgung und keine ernsthafte Bedrohung nachgewiesen werden konnte. Ihm wird zudem vorgeworfen, es gäbe Widersprüche zwischen dem sogenannten Clearinggespräch – das Erstgespräch im Rahmen der Jugendhilfe, hier wird unter anderem der Vormund bestellt, der aufenthaltsrechtliche Titel erteilt und ein erstes Gespräch zur Fluchtgeschichte geführt - und der persönlichen Anhörung. Eine Überprüfung dieser angeblichen Widersprüche erscheint leider unmöglich, weil uns die Aufzeichnung des Clearinggespräches nicht vorliegt. Amir wird im Bescheid vorgeworfen, sein Vortrag davon, wie er von seinem Bruder geschlagen wurde, sei „pauschal und nicht substantiiert". Von dem Jugendlichen wird erwartet, seine eigene traumatische Geschichte besser und schlüssiger erzählen zu können. Die Qualität der Geschichte auf einer mehr oder weniger rhetorischen Ebene wird so zum entscheidenden Kriterium für die Behörde. Dies genügt dem Anspruch an ein rechtsstaatliches Asylverfahren unserer Meinung nach nicht. Außerdem argumentiert das BAMF: „Wie oft solche Angriffe erfolgt sind und welche Verletzungen hierdurch hervorgerufen wurden, ist ebenfalls nicht erkennbar." Für uns ist nicht erkennbar, warum das BAMF beim Interview nicht nach solchen Details fragt.
Im Bescheid wird die Lage in Afghanistan ausführlich diskutiert. Aufgrund der Fülle der Argumente zu Afghanistan soll die Diskussion hier nicht breiter aufgegriffen werden. Zentrale Argumentation ist jedoch, wie ja in den Medien häufiger auch durch prominente Regierungsvertreter*innen geäußert, die diverse Lage in Afghanistan – es gäbe interne Fluchtmöglichkeiten. Der innerstaatliche Konflikt wird gerade noch zugestanden, aber es gehe von ihm keine individuelle Gefahr allein aufgrund der Anwesenheit in Kabul aus: „Gemessen an der Einwohnerzahl Kabuls, die auf drei bis sieben Millionen geschätzt wird, sind die Ereignisse nicht so häufig, dass jeder Rückkehrer damit rechnen muss, Opfer eines Anschlags zu werden." Führt man sich die panischen Reaktionen der europäischen Öffentlichkeit bei islamistischen Terroranschlägen in Europa in den letzten Jahren vor Augen, erscheint die Entspanntheit der Behörden in Bezug auf Anschläge in Afghanistan hochgradig ignorant. Ein handfester Widerspruch zeigt sich in der Argumentation, wenn davon die Rede ist, dass die Opferzahlen in Afghanistan in den letzten Jahren steigen. Dennoch wurden Abschiebungen nach Afghanistan erst in den letzten Jahren eingeführt. Es zeigt sich, dass letztlich der politische Wille für die Entscheidungen des BAMF ausschlaggebend ist. Und wird der politische Wille bestimmend für eine so existentielle rechtliche Entscheidungsfindung wie in der Asylpraxis, bedeutet dies eine fatale Aushöhlung des Asylrechts.
Im Unterschied zu den Bescheiden zu afrikanischen Ländern südlich der Sahara wird für Afghanistan nicht davon ausgegangen, dass manche Rückkehrer*innen als Abgeschobene „am Rande des Existenzminimums" leben müssen. Es seien „keine Fälle von verhungerten Rückkehrern aus Europa bekannt." In diesem Zusammenhang betont das BAMF in seiner Entscheidung auch die Aktivität von Hilfsorganisationen in Afghanistan.

Glaubhaftmachung und Konstruktion von Widersprüchen

In einigen der Beispiele, die unserer Untersuchung zugrunde liegen, ist die Glaubhaftmachung der Asylsuchenden aus Sicht der Behörde nicht ausreichend. Dadurch sind wir auch zum Titel für unseren Artikel gekommen. Uns irritiert, dass für die Anerkennung als Geflüchtete*r eine lupenreine, detailreich erzählte Geschichte entscheidend ist. In den Bescheiden wird dies häufig als „lückenlose Schilderung" bezeichnet. Diese Hürde, die den Jugendlichen vom BAMF auferlegt wird, ist aus zwei Gründen besonders hoch: Zum einen haben die Jugendlichen, die sich um Asyl bemühen, häufig wenig formelle Bildung erhalten. Gleichzeitig stoßen sie im deutschen Asylsystem auf einen bürokratisch und formell hoch abstrakten Apparat. Viele Menschen, die Zuflucht in Deutschland und Europa suchen, haben gar keinen Begriff davon, wie das Asylsystem funktioniert. Das wirkt sich auch auf das Verhalten und in den Erzählungen während des Asylprozesses, insbesondere in der Anhörung, aus. Zum anderen sind die Erlebnisse, die zur Flucht geführt haben, und oft auch Geschehnisse, welche sich während der Flucht ereignet haben, häufig höchst traumatisch.

Diese Traumatisierung kann es unmöglich machen, sich an die Geschichte überhaupt noch zu erinnern. Dass die Jugendlichen eine große Angst überwinden müssen, um ihre Geschichte in aller Ausführlichkeit zu erzählen, liegt auf der Hand. Grundsätzlich sollte das Recht auf Asyl nicht an irgendeine Fähigkeit der asylsuchenden Person gebunden sein.

Sam ist 2017 aus dem Iran über den Landweg nach Deutschland gekommen und hat hier Asyl beantragt. Sein Vater hatte im Iran Korruptionsermittlungen in dem Unternehmen angestellt, bei dem er beschäftigt war. Ihm war aufgefallen, dass es zwischen Mitarbeitenden große Gehaltsunterschiede gegeben hatte. Zusammen mit einigen Gleichgesinnten hatte er Berichte über diese Auffälligkeiten veröffentlicht. Daraufhin wurde die Familie bedroht. Nach der Aussage von Sam habe man seinem Vater gedroht, er solle „seinen Mund halten oder er werde kein Kind mehr haben". Daraufhin hat sich Sam nicht mehr auf die Straße getraut. Er wollte oder konnte in der Anhörung beim BAMF nicht genau erklären, von wem er bedroht wurde. Sam wird zwar von dem bzw. der Entscheider*in zugestanden, dass er noch nicht volljährig ist und deshalb die Erwartungen an seinen Vortrag gesenkt werden müssen. Dennoch wird ihm negativ angerechnet, dass er nicht genau benennen wollte oder konnte, von wem seine Familie bedroht worden sei. Zudem wird ihm im Bescheid vorgeworfen, es hätte in seiner Schilderung „unplausible und nicht aufklärbare Sachverhalte und Zufälle" gegeben. Welche Zufälle hier gemeint sind, wird nicht weiter dargelegt.

Dass zu den sehr hohen, teils unmöglich zu erfüllenden Ansprüchen der Glaubhaftmachung der Fluchtgründe seitens des BAMF zum Teil auch Widersprüche konstruiert werden, wird in dem Ablehnungsbescheid von Taye offensichtlich. In seinem Interview gab er an, sehr früh von seinen Eltern getrennt worden zu sein. Sein Vater wurde laut seiner Aussage etwa im Jahr 2003 von der Volksgruppe der Zaghawa getötet. Um hieran Zweifel zu begründen, wird ein Bericht einer höchst fragwürdigen Onlineplattform herangezogen („lebendom.com"). Dort wird in einem Artikel über Auseinandersetzungen zwischen den Volksgruppen Tama und Zaghawa im Jahr 2006 berichtet:

> *»Im Jahr 2006 wurden dutzende von Tama von Zaghawa-Militanten getötet und Tausende von Tama wurden nach Zaghawa-Angriffen auf Tama-Dörfer vertrieben. Im August 2006 flohen 3300 Tama Zivilisten aus Dar Tama in den Sudan, weil einige Zaghawa einen Tama-Mann der Vergewaltigung einer ihrer Frauen angeklagt hatten. Im Oktober flohen 1.800 Flüchtlinge in Mile und Kounoungo in UN-geförderte Flüchtlingslager.«*

Alleine aus den hieraus zitierten Sätzen wird geschlussfolgert, dass der Konflikt zwischen den beiden Volksgruppen erst in dem Jahr 2006 begonnen hätte. Das Zitat aus dem Artikel, welcher übrigens nicht mehr abrufbar ist, ist absolut kein Beleg dafür. Einzelne Morde können zudem auch ohne einen flächendeckenden Konflikt geschehen.

Konversion zum Christentum

Sam ist in seiner Zeit in Deutschland vom muslimischen Glauben zum Christentum konvertiert. Für die Entscheidungsperson vom BAMF gilt diese Konversion eher als mögliches Abschiebungshindernis denn seine Vorgeschichte. Sam erwartet in der islamischen Republik Iran als Konvertit eine repressive bis hin zu einer lebensgefährlichen Behandlung. Es gibt immer wieder Berichte über Inhaftierungen. Laut iranischem Gesetz steht auf Apostasie, also den Abfall vom islamischen Glauben, die Todesstrafe.[1] In der Asyldebatte in Deutschland ist die Konversion von muslimischen Asylbewerber*innen immer wieder ein Thema. Diskutiert wird, ob die Konversion von iranischen Geflüchteten der Versuch ist, sich Asyl in Deutschland zu erschleichen oder ob die Motivation dafür tatsächlich die Neigung zum christlichen Glauben ist. In der Argumentation, die im Bescheid gegen Sam aufgefahren wird, kommt der Konservatismus dieser Debatte zum Ausdruck: Zunächst wird vorausgeschickt, „unplausible und unglaubhafte Angaben, die Konversion betreffend, können sich auf die Glaubhaftigkeit der Fluchtgeschichte auswirken". Es fehle der „konkrete Auslöser" für die „plötzliche Religiosität" des Antragstellers.

1 Cheheltan, Amir Hassan (2011): Die Glaubensdiebe. In: FAZ. URL: http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/christen-in-iran-die-glaubensdiebe-1579666-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_1 [07.12.2018].

Eine Konversion sei nur von Menschen zu erwarten, die einem „Erweckungserlebnis“ ausgesetzt gewesen oder eine „lange geistige Auseinandersetzung mit Religion und Spiritualität“ eingegangen seien. Das BAMF berücksichtigt hier nicht, dass eine solche lange Auseinandersetzung von einem Jugendlichen kaum erwartet werden kann. Statt die Religionsfreiheit, die in Deutschland verfassungsmäßig gesichert ist, ernst zu nehmen, Religion als Privatsache zu handhaben und sich auf die Folgen der Konversion bei einer Rückkehr in den Iran zu konzentrieren, verliert sich die*der Entscheider*in hier in Spekulationen über die Glaubhaftigkeit des Glaubens von Sam. Das BAMF verhält sich damit selbst nicht säkular.

Die Aussagen von Sam zur Begründung seiner Konversion: Frauen und Männer seien im Christentum gleichgestellt, es gebe kein Alkoholverbot, Hunde würden nicht als schmutzig betrachtet, er finde Frieden im Christentum, er könne damit besser Kontakt zu anderen Menschen finden, im Christentum seien alle gleich. Diese Aussagen bewertet die bzw. der Entscheider*in des BAMF als „Nebenprodukte der religiösen Überzeugung“, diese machten nicht den „eigentlichen Kern“ der Religion aus. Und was ist der eigentliche Kern? Damit hält die*der Entscheider*in nicht lange hinterm Berg: Dieser besteht „selbstverständlich und in erster Linie aus einem begründeten und ernsthaften Glaubensbekenntnis zum Schöpfer“. Es kann der Eindruck gewonnen werden, dass die*der Entscheider*in ein Theologiestudium – nicht ohne persönliche Neigung zu Christentum – absolviert hat. Die Einstellungsvoraussetzungen lassen schließlich seit einigen Jahren zu, dass Bachelor-Absolvent*innen unabhängig von der Fachrichtung für den Job der*des Entscheider*in eingestellt werden. Die Auswirkungen der Konversion zum Christentum bei einer Rückkehr in den Iran handelt das BAMF kurz und ohne weitere Belege ab: „Es kann ausgeschlossen werden, dass die Konversionsreligion für das Leben des Antragstellers eine derart hohe Bedeutung gewonnen hat, dass ihm eine Rückkehr unter Verzicht auf die Religionsausübung nicht mehr zugemutet werden kann.“ Tatsächlich veranlasst die repressive und oft gewalttätige Politik im Namen des Islam laut Berichten relativ viele Jugendliche zur Konversion [ebd].

Auch Ali-Reza hat sich dem christlichen Glauben verbunden gefühlt. Er kommt aus Afghanistan, in seinem fünften Lebensjahr ist er mit seiner Familie jedoch nach Pakistan gezogen, wo er bis zu seiner Flucht lebte. In seiner Anhörung gibt er an, dass sein Vater ihn dazu gezwungen hatte, eine Mullah-Schule zu besuchen. Als Ali-Reza versuchte, sich dagegen zu wehren, wurde er von seinem Vater schwer misshandelt. Durch Freunde habe er die christliche Kirche kennen gelernt. Hier fühlte er sich „respekt- und liebevoll“ behandelt, und wie Amir schätzte er die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen sehr. Im Gegensatz zur Mullah-Schule, wo gelehrt worden sei, dass „Nichtmuslime Ungläubige seien und getötet werden müssen“, habe er in der christlichen Hauskirche gelernt, „dass man hilfsbedürftigen Beistand leisten und einen respektvollen Umgang pflegen muss“. Als sein Vater davon erfuhr, drohte er Ali-Reza mit dem Tod. Aufgrund dieser akuten Bedrohung verhalf seine Mutter ihm zur Flucht. Seit seiner Ankunft in Deutschland im Jahr 2014 besucht er regelmäßig den Gottesdienst und die Glaubensschule. Auch Ali-Rezas Begründung ist in den Augen der*des Entscheider*in zu dünn. Dies führt sie bzw. ihn über drei Seiten ausführlich sowie haarsträubend begründet aus. Seinen Besuch der Glaubensschule betrachtet die*der Entscheider*in als Indiz für eine Ungewissheit im Bezug auf seinen Glauben. Ohnehin brauche es „mehr als das bloße Hören vermeintlicher Glaubensinhalte anderer Religionen, um sich nach so kurzer Zeit zu dieser neuen Religion zu bekennen.“ Es fehlen der*dem Entscheider*in „intellektuell-konsistente Darlegungen seiner inneren Wandlung“. Die Morddrohungen seines Vaters werden perfiderweise damit aufgehoben, dass seine Mutter ihn ja bei der Flucht unterstützt habe. Das genüge als Beweis dafür, dass der Familienzusammenhalt weiterhin bestehe. Des Weiteren gehört Ali-Reza der Hazara-Minderheit an. Nach ausführlichen Darlegungen der registrierten Zahlen[1] verschleppter sowie ermordeter Hazara in Afghanistan[2] wird in seinem Ablehnungsbescheid erläutert, dass dies nicht bedeute, dass *alle* Hazara in Afghanistan diesem Schicksal erliegen würden – na super. Durch ihre afghanischen Staatsbürgerschaften würden Ali-Reza sowie Amir übrigens nach Afghanistan abgeschoben

1 Es ist von deutlich höheren Zahlen in der Realität auszugehen.

2 Im Jahr 2015 wurden zum Beispiel 224 Personen entführt, davon 13 ermordet. Im ersten Halbjahr 2017 wurden 56 Hazara getötet.

werden, obwohl sie den größten Teil ihres Lebens dort überhaupt nicht verbracht haben. Also in ein Land, das sie überhaupt nicht kennen.

Fazit

Der Eindruck, der sich nach der Lektüre und Analyse von Asylbescheiden einstellt, ist vielfältig zu beschreiben. Zunächst ist festzuhalten, dass es sich bei dem Entscheidungsverfahren um eine gigantische bürokratische Blase handelt. Dabei wird durch die Ausführlichkeit der Bescheide der Eindruck erweckt, es habe eine eingehende Prüfung des Falles stattgefunden. Wahrscheinlicher ist, dass die Länge der Bescheide dadurch zustande kommt, dass sich die Entscheider*innen an einem großen Fundus von vorgefertigten Textbausteinen bedienen und diese zu einem individuell erscheinenden Gesamtkunstwerk zusammenfügen. Selbst wenn sich eine individuelle Beurteilung ergibt, so erweckt diese nicht den Eindruck, dass hier ein individuelles Schicksal vor einem einheitlichen rechtlichen Regelwerk beurteilt wird. Stattdessen erscheinen die Entscheidungen höchst willkürlich. Die Vermutung ist naheliegend, dass das BAMF Quoten von Annahme und Ablehnung von Asylbescheiden für Länder und Regionen festlegt und dass Entscheider*innen, die von diesen abweichen, gerügt werden. Von dem Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz hat sich das deutsche Asylsystem verabschiedet. Nicht umsonst wird gegen rund 60 Prozent der Bescheide geklagt.[1] Das bedeutet aber nicht, dass die Einhaltung des Gleichheitsgrundsatzes allein einen Idealzustand herstellen könnte. Das deutsche Asylrecht ist faktisch so weit ausgehöhlt, dass nur noch für einen kleinen Prozentsatz überhaupt ein Flüchtlingsstatus möglich ist. Auch das geplante Einwanderungsgesetz schafft keine Abhilfe. Es muss ein grundlegenderes Umdenken zum Thema Migration stattfinden. Menschen muss die Möglichkeit gegeben werden, ihren Lebensort global frei von Repressionen zu wählen.

Für die Betroffenen, die weder die Flüchtlingseigenschaft noch den subsidiären Schutz zugesprochen bekommen, sind die Entscheidungen des BAMF in aller Regel Hiobsbotschaften. Nach dem Leben in Kriegs- und Krisenregionen, der anstrengenden Flucht und einer Odyssee durch die Behörden müssen sich die Jugendlichen in unseren Beispielen anhören, sie hätten ihre Story nicht gut genug erzählt – nur eine von vielen Perversionen unseres Asylsystems. Die lange Dauer des Verfahrens und die anschließend viel zu oft folgenden Ablehnungen und Duldungen und die damit einhergehende Unsicherheit und Repression zerstören die Perspektiven der Jugendlichen sukzessive. Anfangs oft noch höchst motiviert, die deutsche Sprache zu erlernen und eine Ausbildungsstelle zu finden, verlieren sie nach und nach jede Hoffnung. Integration wird verunmöglicht.

Die Ablehnungsbescheide sind mittlerweile alle mindestens ein Jahr alt. Sams sowie Ali-Rezas eingeleitete Klagen laufen noch immer. Für Sam konnten weitere Belege für die Verfolgung seines Vaters aus dem Iran nachgeschickt werden. Für Ali-Reza werden vordergründig seine Konversion und sein regelmäßiger Kirchenbesuch sowie seine besondere Gefahrenlage als Hazara angeführt. Wir wünschen den beiden aus tiefstem Herzen einen erfolgreichen Ausgang. Amirs Klage wurde derweil schon abgelehnt. Solange sich an der rheinland-pfälzischen Politik nichts ändert und er nicht straffällig wird, wird er nicht abgeschoben. Er lebt nun in der belastenden Situation der Kettenduldung sowie der steten Angst, dass eine Abschiebung doch noch irgendwann einmal passieren könnte. Taye ist spurlos verschwunden. Ahmed hat das perfide Angebot zur freiwilligen Rückreise angenommen, eine andere Möglichkeit ist ihm nicht geblieben.

Wir treffen uns mit Ali-Reza auf einen Kaffee. Er würde nach Abschluss seiner schulischen Maßnahme gerne den B1-Deutschkurs absolvieren und im Anschluss eine Ausbildung. Sein Traum ist ein Studium. Den negativen Bescheid und den ungewissen Gerichtsprozess beschreibt er als sehr belastend und beängstigend. Er stehe oft unter dauerndem Stress, könne sich häufig überhaupt nicht aufs Lernen konzentrieren und nächtelang nicht schlafen. Bei vielen anderen Jugendlichen in seiner Situation sei dies auch so. Viele würden sich in Drogen flüchten, das möchte er aber nicht.

1 Oberhäuser, Thomas und Sawicki, Peter (2017): Mehr Klagen wegen Asylverfahren – „Dann sagt das Gericht, doch, die müssen geschützt werden“. In: DLF. URL: https://www.deutschlandfunk.de/mehr-klagen-wegen-asylverfahren-dann-sagt-das-gericht-doch.694.de.html?dram:article_id=396192 [07.12.2018].

FLUCHT UND DULDUNG AUS (TRAUMA-)PSYCHOLOGISCHER PERSPEKTIVE

von Miriam Schmitz

Ein Mensch flüchtet nach Deutschland. Seine Beweggründe dafür können vielfältig sein, in den allermeisten Fällen handelt es sich aber um existenzielle Nöte und Gefährdungslagen. Flucht vor kriegerischen Auseinandersetzungen, vor persönlichen Bedrohungen, vor Diskriminierung, vor Verfolgung, vor dem Fehlen einer Existenzgrundlage, vor Chancenlosigkeit. All diese Gründe haben eines gemeinsam: Sie stellen eine existenzielle Gefährdung dar, eine Bedrohung des eigenen Lebens und des Lebens der Familie.

Was tut ein Mensch aus psychologischer Sicht, wenn er sich in einer Bedrohungslage befindet, in der es um sein Überleben geht?

Dazu kann man das traumapsychologische Modell des „Fight – flight – freeze“ (kämpfen – fliehen – erstarren) heranziehen. Dieses Modell besagt, dass ein Mensch, der in eine solche Bedrohungslage gerät, drei Möglichkeiten hat zu reagieren. Dabei können die unterschiedlichen Reaktionsvarianten sich auch gegenseitig ergänzen, insbesondere die beiden Möglichkeiten kämpfen und fliehen.

Der Mensch wägt ab, wie das Kräfteverhältnis zwischen dem Angreifer und ihm, dem Angegriffenen, ist. Der Angreifer muss übrigens nicht unbedingt personifiziert auftreten, sondern kann auch durch das Ausgeschlossenwerden aus gesellschaftlichen Bezügen im Rahmen einer Diskriminierung dargestellt werden. Wenn der angegriffene Mensch sich als stärker als der Angreifer einschätzt, wird er kämpfen. Schätzt er sich selbst als schwächer ein, wird er flüchten. Insbesondere bei einer chronischen Bedrohungslage wie kriegerischen Auseinandersetzungen, politischer Verfolgung, anhaltender Diskriminierung und Ausgrenzung werden die Reaktionsmuster situationsabhängig immer wieder neu kombiniert und verselbstständigen sich.
Eine diagnostizierbare Traumafolgestörung entsteht besonders dann leicht, wenn der Mensch weder fliehen noch kämpfen kann. Dann bleibt nur noch die Reaktion des Erstarrens, die je nach Situationskontext wortwörtlich und körperlich eintreten kann, am ehesten bei einem akuten körperlichen, lebensgefährlichen Angriff oder Unfall.
Wann diese Erstarrung noch eintreten kann, wird im weiteren Verlauf des vorliegenden Textes näher aufgeschlüsselt. Grundsätzlich sind für die Ausbildung und den Erhalt von Traumafolgesymptomen immer die Bedingungen ausschlaggebend, unter denen das jeweilige Ereignis oder die Ereignisse verarbeitet werden müssen. Beispielsweise kann soziale Unterstützung die Wahrscheinlichkeit einer Traumafolgestörung senken.

Duldung und Trauma

Was hat nun der aufenthaltsrechtliche Status der Duldung mit all dem zu tun? Dazu müssen zwei Konstellationen beziehungsweise Gruppen unterschieden werden. Die erste Gruppe besteht aus den Menschen, denen kein potenziell traumatisierendes Ereignis widerfahren ist und jenen Menschen, die potenziell traumatische Erfahrungen im Herkunftsland oder auf der Flucht so verarbeiten konnten, dass bei ihnen keine Traumafolgesymptomatik festgestellt werden kann. Zu beachten ist, dass die allermeisten Menschen auf der Flucht potenziell traumatische Erfahrungen machen. Jedoch bilden nicht alle eine Traumafolgesymptomatik aus, was beispielsweise von persönlichen Veranlagungen oder den bereits oben genannten sozialen Bedingungen abhängt.
Die zweite Gruppe sind diejenigen Menschen, die im Herkunftsland oder auf der Flucht traumatisierende Erfahrungen gemacht haben, aufgrund derer sie unter Symptomen leiden (zum Beispiel Wiedererleben, Albträume, Schlaf- und Konzentrationsstörungen, innere Unruhe, Schreckhaftigkeit, Angstzustände, körperliche Übererregbarkeit, Niedergeschlagenheit oder Depression, Hoffnungslosigkeit). Auch hier ist anzumerken, dass es bei den meisten geflohenen Menschen durchaus belastende Symptome gibt, bei einigen sind diese jedoch für eine tatsächliche Krankheitsdiagnose nach einem der gängigen Klassifikationssysteme (wie beispielsweise dem ICD-10) zu unvollständig oder zu schwach ausgeprägt. Unabhängig von der Einteilung in diese zwei Gruppen muss die Lebensrealität betrachtet werden, die mit dem Status der Duldung zusammenhängt. Im Status der Duldung gibt es keine Sicherheit. Die angegebene Geltungsdauer hat kaum Aussagekraft, da die Ausländerbehörde die Duldung widerrufen kann, wenn deren Voraussetzungen ihrer Ansicht nach nicht mehr erfüllt sind. Sobald das Papier ungültig wird, kann die Abschiebung durchgeführt werden. Der Zusatz „ist ausreisepflichtig“ signalisiert die Illegalität des Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland während der Duldung. Bei jeder Aufforderung, sich auszuweisen, wird der betroffene Mensch durch den Hinweis auf seine Ausreisepflicht, der er offensichtlich nicht nachgekommen ist, stigmatisiert. Diese Stigmatisierung wird durch den roten Balken auf der Vorderseite des Papiers auch für diejenigen sichtbar, die sich noch nicht einmal die Mühe machen wollen, es sich näher anzuschauen.
Das Duldungspapier ist darüber hinaus ein Instrument zur Sanktionierung oder auch zum Aufbau von Druck durch die Ausländerbehörde, beispielsweise bezüglich der Erteilung einer Arbeitserlaubnis. Selbst Menschen, die voraussichtlich in den nächsten Jahren nicht abgeschoben werden, haben mit einer Duldung oft große Probleme, eine Arbeitserlaubnis und im weiteren Schritt auch eine Arbeitsstelle zu erhalten. Im Rahmen des Ermessensspielraums des Sachbearbeiters ist es so möglich, völlig unterschiedliche Lebensrealitäten für Menschen zu schaffen. Für die Betroffenen bedeutet dies ein erneutes Ausgeliefertsein gegenüber einer in dieser Konstellation

mächtigeren Person. Der psychische Druck kann zu einer massiven Beeinträchtigung der Gesundheit führen. Potenziell traumatische Erfahrungen, bei denen es bereits eine übermächtige Kraft gab, die Schaden zufügte, drohen sich zu wiederholen.
Für Menschen, die an Traumafolgesymptomen leiden, stellt der Status der Duldung eine sehr schlechte Basis zur Behandlung oder Verarbeitung der Traumafolgen dar. Eine Verschlechterung der Symptome ist zu erwarten, außerdem geht die Duldung mit einer erhöhten Gefahr ihrer Chronifizierung einher.
Ein nicht zu vernachlässigender Faktor ist die Unfähigkeit, gegen den Status der Duldung vorzugehen. Ein Rechtsanwalt kann beauftragt werden, um gegen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), nämlich gegen die Ablehnung des Asylantrags zu klagen. Zusätzlich kann unter bestimmten Bedingungen und je nach Einzelfall ein Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis nach dem Ablauf einer entsprechenden Zeitspanne bei der Ausländerbehörde gestellt werden. Es werden somit Aufträge erteilt, jedoch ist es für den Betroffenen kaum oder gar nicht möglich, selbstständig aktiv zu werden, sich selbst aus der Gefahrenzone zu befreien und sich selbstständig eine sicherere Basis im Sinne einer Aufenthaltserlaubnis zu erarbeiten. Die Ausstellung des Duldungspapiers stellt eine existenzielle Bedrohung für die betroffene Person dar, da sie in ständiger Gefahr schwebt, ihre aktuellen Lebensbezüge nach dem bereits geschehenen Verlust erneut zu verlieren. Bei gleichzeitiger Beleuchtung der Möglichkeiten des betroffenen Menschen, an diesen Umständen etwas zu verändern, kommt man unweigerlich zu dem erschreckenden und ernüchternden Schluss, dass eine Parallele zur traumatischen Freeze-Situation entsteht und somit die klare Gefahr einer Retraumatisierung gegeben ist, und zwar einer chronischen Retraumatisierung, da jegliche Sicherheit fehlt.

Trauma und Anhörung für den Asylantrag

Besonders für schwer traumatisierte Menschen ist es kaum möglich, die traumatischen Erfahrungen verbal in einem nicht geschützten Rahmen zu schildern. Einer der Gründe kann Scham sein. Die Anhörung beim BAMF findet mit einem völlig Unbekannten in einer völlig fremden, beängstigenden Situation statt. Jedem Menschen, der Asyl beantragt, ist klar, dass die kurze Zeitspanne des Interviews über sein Begehren entscheiden wird. Der dadurch ausgelöste Druck kann sogar bei Menschen ohne Traumatisierung die Fähigkeit, strukturiert zu berichten, blockieren. Die standardisierten Nachfragen verhindern darüber hinaus das Gefühl, einen mitfühlenden Ansprechpartner zu haben, dem man sich gegebenenfalls anvertrauen könnte.
Im Rahmen von posttraumatischen Störungen kann es außerdem zu Amnesien kommen, durch die traumatische Sachverhalte teilweise oder auch komplett nicht erinnert werden können. Die traumatischen Erfahrungen werden oft zum Schutz unbewusst verdrängt. Die menschliche Psyche verfügt über diverse Mechanismen, einem Menschen nach einer traumatischen Erfahrung zunächst das Weiterleben zu ermöglichen. Im Asylverfahren werden alle diese Mechanismen zu Fallen, die über das Ergebnis entscheiden können.
Angesichts der geschilderten psychosozialen Mechanismen deutet vieles darauf hin, dass es bei denjenigen Menschen, die schon bei ihrer Ankunft in Deutschland (schwer) traumatisiert sind, gerade deshalb oft zur Ablehnung des Asylantrags und zur Ausstellung einer Duldung kommt. Bis ein etwaiges zweites Asylverfahren (Folgeverfahren) beim Bundesamt überhaupt erst begonnen werden kann, vergehen oft Monate oder sogar Jahre, da ein neues Beweismittel benötigt wird, wie beispielsweise das Attest oder Gutachten eines Facharztes, das eine Traumafolgestörung beschreibt. Zu beachten ist, dass viel Zeit vergehen kann, bis eine unterstützende Person eine Traumatherapie vorschlägt, bis im nächsten Schritt ein Therapieplatz frei wird und die Finanzierung der Therapie geklärt ist. Bis dann in der Therapie die traumatischen Erfahrungen zur Sprache kommen können, vergeht oft noch einmal eine längere Zeit. Wenn dann der behandelnde Arzt oder Therapeut ein Attest schreibt und der Folgeantrag beim Bundesamt durch einen Rechtsanwalt eingereicht wird, vergehen ab diesem Zeitpunkt Monate und Jahre, bis ein erneuter Bescheid des Bundesamts erwartet werden kann.
In diesen Jahren der fehlenden Sicherheit chronifizieren sich traumatische Muster und entstehen zusätzliche Erkrankungen auf dem Boden der

durch die Traumafolgestörung deutlich hochgesetzten Vulnerabilität. Einem betroffenen Menschen wird somit (de facto) das Recht auf Gesundung und Gesundheit genommen.

Duldung und Gesundheit

Um noch einmal auf die zu Beginn gemachte Unterscheidung der geflüchteten Menschen zurückzukommen: Es gibt neben den Menschen mit Traumafolgesymptomen auch diejenigen , die keine beachtlichen Störungen des psychischen Gesundheitszustands aufweisen. Wenn diese Menschen eine Duldung erhalten, sind sie zunächst einmal weniger gesundheitlich gefährdet als diejenigen mit einer Traumafolgestörung.
Aber auch gesunde Menschen können krank gemacht werden. Die Lebensbedingungen, die mit dem Status der Duldung einhergehen, sind geprägt von existenzieller Unsicherheit, fehlender Planbarkeit der Zukunft, Perspektivlosigkeit, Stigmatisierung, Diskriminierung, Einschränkung der Bewegungsfreiheit und Hilflosigkeit. Diese Faktoren begünstigen die Ausbildung einer psychischen Störung massiv und haben selbstverständlich auch Wechselwirkungen mit der körperlichen Gesundheit.
All diese Vorgänge finden im Rahmen von geltendem Recht und oftmals auf der Grundlage von Ermessensspielräumen und Gutdünken von Sachbearbeitern statt, die oft genug fachärztliche Atteste anzweifeln. Aus fachlicher Sicht handelt es sich bei dieser Kombination um eine menschliche und medizinische Katastrophe, die aber von den entsprechenden Behörden und dem Gesetzgeber als Kollateralschaden toleriert wird oder sogar als Abschreckung für weitere potenzielle Asylsuchende gewollt ist.

JUGENDLICHE OHNE GRENZEN IN TRIER UND BUNDESWEIT

von Zuhra Hassanzada
(Jugendliche ohne Grenzen Trier)

Ich bin Zuhra Hassanzada und bin 20 Jahre alt. Seit August 2015 wohne ich mit meinen Schwestern, meinem Bruder, seiner Frau und seinen Kindern in Deutschland. 2015 musste ich mein Land Afghanistan verlassen, weil unser Leben in Gefahr war, weil wir nicht dort leben konnten.
Als ich nach Deutschland kam, hatten wir am Anfang viele Probleme, besonders mit der Sprache und Kultur. Es war ein neues Land, ein neues Leben, ganz anders als unser altes Leben. Dann bin ich zur Schule gegangen, um Deutsch zu lernen. Allmählich habe ich Deutsch gelernt und konnte meine Probleme immer besser selber lösen.
2016 habe ich Jugendliche Ohne Grenzen (JOG) auf einem ihrer Workshops kennen gelernt. Dort habe ich viele motivierte Menschen getroffen, die aus verschiedenen Ländern kommen, alle mit den gleichen Zielen: Bleiberecht für alle, gleiche Rechte für alle, Schule für alle, gleiche Chancen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt für alle. Das sind alles Ziele, die ich mir auch gewünscht habe. Der Workshop und die Menschen von JOG haben mich nochmal sehr darin bestärkt und motiviert.

http://jogspace.net
https://www.facebook.com/jogspace

Ich bin der Meinung, dass alle Menschen gleich sind, egal welche Nationalität sie haben oder aus welchem Land sie kommen. Die Hauptsache ist, dass wir alle gleich und frei sind. Wir haben das Recht auf Leben, Bildung und darauf, unseren Beruf frei zu wählen. In dieser Zeit habe ich mich dann entschieden, dass ich unbedingt bei JOG aktiv sein will, weil ich will, dass ich selber über mein Leben entscheiden kann und nicht andere Leute. Weil ich will, dass alle die gleichen Rechte haben. Deshalb haben wir im Oktober 2017 in Trier eine JOG-Gruppe gegründet.
Seitdem treffen wir uns regelmäßig. Wir haben bisher zwei Demonstrationen mitorganisiert, eine gegen Abschiebungen nach Afghanistan und eine zur Seenotrettung. Im August haben wir einen Empowerment-Workshop für junge Geflüchtete organisiert. Dazu kamen zwei langjährige Mitglieder von JOG aus Berlin zu uns. Dort haben wir über Rassismuserfahrungen gesprochen und darüber, wie man damit umgehen kann sowie die Refugee Law Clinic und den Jugendmigrationsdienst aus Trier kennen gelernt.

Im Juli 2018 sind wir zusammen nach Halle (Saale) zu der bundesweiten JOG-Konferenz gefahren, die seit 2006 jedes Jahr parallel zur Innenministerkonferenz stattfindet. Dort waren über 70 Jugendliche aus ganz Deutschland, aus den verschiedensten Ländern. Es gab viele Workshops über verschiedene Themen, zum Beispiel über Selbstorganisation, Pressearbeit und vieles mehr.
Außerdem haben wir eine große Demonstration – Anker Lichten, Volle Kraft Voraus! – durch Halle gemacht und auch in Quedlinburg, um unseren Innenministern zu zeigen, dass wir sehr unzufrieden mit ihrer Arbeit sind. Am letzten Abend haben wir in einer Gala den „Abschiebeminister 2018“ gewählt. Es war ein knappes Rennen, das am Ende Holger Stahlknecht aus Sachsen-Anhalt gewonnen hat. Als Preis haben wir ihm einen Koffer überreicht mit einem Gutschein für einen Flug nach Afghanistan. Damit wollten wir von JOG zeigen, dass wir ihn auch sehr gerne dorthin abschieben wollen, damit er mal erleben kann, wie das so ist.

LGBTIQ - REFUGEES

Flucht aufgrund von sexueller und geschlechtlicher Identität – Begleitung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intersexuellen und queeren Geflüchteten in Trier

von Vincent Maron
(SCHMIT-Z e.V.)

In über 70 Staaten der Erde werden Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente, Intersexuelle und queere Menschen (LSBTIQ) immer noch strafrechtlich verfolgt. Neben Gefängnisstrafen, die lebenslänglich sein können, stehen auf *„homosexuelle Handlungen“*, *„homosexuelles Verhalten“* oder *„Unzucht wider die Natur“* hohe Geldstrafen bis hin zur Vollstreckung der Todesstrafe. Daher gibt es gute Gründe für LSBTIQ – Personen aus diesen repressiven Ländern und Regionen zu fliehen, mit der Hoffnung in Staaten wie Deutschland ein beschütztes und selbstbewusstes Leben z.B. als Lesbe oder transsexueller Mensch führen zu können.
Ein offenes, autonomes und freies Sprechen über die bspw. eigene Homosexualität ist für Viele der geflüchteten LSBTIQ nicht einfach bzw. meistens nicht möglich. Viele der Betroffenen sind in restriktiven, homophoben, sexistischen und diskriminierenden Strukturen im Heimatland aufgewachsen. Die Ablehnung ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität erfahren sie nicht nur durch den Staat, sondern auch durch die eigene Familie, die Gesellschaft und Religion. Vorurteile wie, Homosexualität sei eine Krankheit oder Sünde bis hin zur Gleichstellung von Homosexualität mit Pädophilie, ist in vielen Herkunftsländern der Personen ein fester und massiver Bestandteil der Gesellschaft und des vorherrschenden Wertesystems.
Der SCHMIT -Z e.V. in Trier, seit 25 Jahren Anlaufstelle für alle LSBTIQ und Freund*innen, bietet seit 2015 in Kooperation mit der Aidshilfe Trier eine Beratung für Geflüchtete an.
Wir begleiten im Tandem mit anderen Geflüchteten-Organisationen (Multikulturelles Zentrum Trier, Aidshilfe Trier, Diakonie, Caritas etc.) jene Menschen und versuchen durch Aufklärung über das Thema *„Fluchtgrund LSBTIQ“* die Behörden, Ehrenamtliche und Hauptamtliche zu sensibilisieren und ein Sprachrohr für die Betroffenen zu sein. In unserer Beratung berichten die Geflüchteten von massiver körperlicher, seelischer und verbaler Gewalt im Heimatland. Dies erstreckt sich über Prügel durch die Polizei, Morddrohung durch die eigene Familie, Mordversuche durch Fremde sowie Hetze durch Nachbarn, Medien oder die Gesellschaft. Zusätzlich zur Traumatisierung durch die Fluchterfahrungen werden LSBTIQ-Geflüchtete durch diese Erlebnisse geprägt und entwickeln in vielen Fällen ein negatives Selbstbild in Bezug zu ihrer/seiner Homosexualität oder Transsexualität. Daher ist es nachvollziehbar, dass ein offenes Sprechen über die eigene sexuelle oder geschlechtliche Identität z.B. im Interview oder im Kontakt mit Behörden kaum möglich ist. Hinzu kommen oft Ressentiments von Seiten der Dolmetscher*innen oder Mitarbeiter*innen der Behörden gegenüber LSBTIQ – Personen. Wir versuchen durch eine offene Willkommenskultur innerhalb der queeren Szene in Trier den ratsuchenden Personen einen Schutzraum und die Möglichkeit zum aktiven Mitgestalten der queeren Community vor Ort zu geben.
Jedoch merken wir bei jeder erneuten Beratung und dem Kontakt mit Verwaltung und Behörden, dass viele Personen kaum oder gar nicht auf

Bild: Trans-Pride in Istanbul 2017

dieses Thema vorbereitet sind. Vorurteile und Stereotypen über z.B. schwule Männern sind in den Köpfen weiterhin verankert. Frei nach dem Motto *„Der ist niemals schwul, der sieht gar nicht so aus!“* oder *„Also, das müssen sie mir erstmal beweisen, dass sie lesbisch sind!“* werden Entscheidungen über Bleiberecht und daher auch eine Entscheidung über eine gute oder schlechte Zukunft eines einzelnen Menschen getroffen. *„Wenn jemand lesbisch, schwul, bisexuell, trans* oder inter* (LSBTI) ist und verfolgt wird, ist dies in Deutschland ein anerkannter Asylgrund. Verfolgung heißt, dass im Heimatland wegen der sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität massive Gewalt, Tod, Haft oder andere Formen unmenschlicher Behandlung drohen.“* so bringt es das bundesweite Projekt *„Queer Refugees“* des Lesben-und Schwulenverbandes Deutschland (LSVD e.V.) auf den Punkt. Der Focus sollte nicht darauf liegen die betroffenen LSBTIQ in die Lage zu bringen, sich für ihre/seine sexuelle oder geschlechtliche Identität und der Situation im Herkunftsland zu rechtfertigen. Mittlerweile gibt es durch bundesweite und auch internationale Netzwerke eine klare Darstellung der rechtlichen Lage von LSBTIQ in den einzelnen Herkunftsländern.
Die Diskriminierung aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität endet jedoch in Deutschland, vor allem in den Erstaufnahmeeinrichtungen, nicht.
Dort treffen LSBTIQ – Personen wieder auf homophobes, transphobes und menschenverachtendes Verhalten seitens von deutschen Personen oder anderen Geflüchteten. Betroffene berichten uns von einem „Spießrutenlauf“ und Verstecken bzw. Verstellen vor den anderen Bewohner*innen. Die Angst von anderen Personen aus dem kleinen oder ähnlichen Kulturkreis angefeindet zu werden ist massiv, gewalttätige Übergriffe sowie peinliches Ausfragen über die Sexualität stehen an der Tagesordnung. Aufgrund dieser extremen Belastung für die Personen haben bereits einige Städte und Kommunen Wohngruppen für LSBTIQ–Geflüchtete errichtet, um dort einen besonderen Schutz zu geben und entsprechend sozialpädagogisch zu begleiten *(queer.de berichtet)*. Daher sehen wir es auch als eine Aufgabe des Vereines, uns aktiv in Kommunalpolitik der Stadt Trier oder Netzwerken zu diesem Thema zu engagieren und Halbwissen aus der Welt und Stereotypen aus den Köpfen zu schaffen und uns gemeinsam mit den ratsuchenden Personen für ein offenes und gleichberechtigtes Miteinander einzusetzen.

Das komplette Angebot des SCHMIT-Z e.V. sowie Anlaufstellen in Rheinland-Pfalz und bundesweit sind auf folgenden Internetseiten einzusehen:

- *https://www.queernet-rlp.de/projekte /queere-gefluechtete*
- *http://www.queer-refugees.de/*
- *https://www.queeramnesty.de/*

WARUM VERSUCHT IHR ES NICHT?

Zum Umgang mit Antisemitismus in der Arbeit mit Geflüchteten

von Ruth Lieser
(Multikulturelles Zentrum Trier e.V.)

In der Wochenzeitung Die Zeit erschien Anfang 2018 ein Artikel der Journalistin Alexandra Berlin, in dem sie Antisemitismus von Geflüchteten in Deutschland thematisiert. Die Journalistin beschreibt ihre Begegnung mit Geflüchteten aus Syrien und deren Israelhass und fordert, die Politik solle mehr Einsatz zeigen, um Antisemitismus im Integrationsprozess entgegenzuwirken. Alexandra Berlin berichtet in ihrem Artikel unter anderem von einem Syrer, der die kostenlose Hilfe eines Anwalts ablehnte, weil dessen Nachname jüdisch klang. Der Zeit-Artikel endet mit der Beschreibung, wie der Bruder der Autorin zu einer Party eingeladen wurde, zu der auch syrische Geflüchtete kommen sollten. Die Gastgeberin bat ihn, er solle verschweigen, dass er Jude sei – um Ärger mit den syrischen Gästen zu vermeiden.

„Israel ist nicht gut", ist Mohas Kommentar, als ich ihm erkläre, was es mit meinem Nahost-Studium auf sich hat. Der junge Afghane zögert kurz – und fragt mich dann, wie man „Salam" auf Hebräisch sagt.

Ich bin nicht Jüdin, war bisher viermal in Israel, spreche mehr oder weniger Hebräisch und es gibt dort Orte, wo ich mich zu Hause fühle. Und ja, als ich vor sieben Jahren anfing, ehrenamtlich Deutsch zu unterrichten, habe ich mich schon gefragt, wie man am besten kontert, falls jemand, der zum Beispiel in Iran die Schule besucht hat, erzählt, die Shoah habe es nie wirklich gegeben. Aber das Thema zu verschweigen, weil es vielleicht Ärger geben könnte, ist mir nie in den Sinn gekommen.

Nach einem halben Jahr hatte ich zum ersten Mal die Gelegenheit, mit einem (afghanischen) Schüler ausführlicher über sein Israel-Bild zu reden: Wir haben uns über Schule und Ausbildungswege unterhalten und ich erzählte ihm, dass ich nach dem Abi erst mal drei Monate in Israel in einem Kibbuz gearbeitet habe. Er wollte wissen, was ein Kibbuz ist und dann, warum Deutschland immer auf der Seite Israels sei. Von der Shoah oder dem Holocaust hatte er bis dahin nie gehört.

Nach dem Gespräch hatte ich noch Material für ihn beziehungsweise ich hatte noch eine Bitte: Ich habe ihm den persischen Wikipedia-Eintrag über die Shoah ausgedruckt. Ich wollte unbedingt wissen, wie die Shoah dort dargestellt wird und mich dann erst mal mit ihm darüber unterhalten. Knapp zwei Wochen später – er hatte inzwischen einen Transfer aus der Erstaufnahmeeinrichtung in einen mehrere hundert Kilometer entfernten Ort – rief er mich an, hielt sich mit banalen Fragen wie „Wie geht's dir?" gar nicht auf, sondern wollte als Erstes wissen, warum Ahmadinejad denn den Holocaust leugnet. In diesem Moment wusste ich, dass das, was ich tue, etwas ändert.

Als mir ein anderer Schüler einige Zeit später sagte, Hitler sei ein guter Mann gewesen, mit der

– pantomimisch unterlegten – Begründung, der habe sich genommen, was er haben wollte, habe ich ihm als Gesprächsgrundlage gleich den Wiki-Artikel gegeben. Am nächsten Tag kam er zurück und erzählte, was er über die Gaskammern gelesen und wie das seine Meinung verändert habe.
Es reicht natürlich nicht, einfach Wikipedia- oder sonstige Texte zu verteilen – auch wenn ich gelegentlich den Eindruck habe, Informationen in der Muttersprache wird mehr geglaubt als deutschen Quellen. Es reicht aber auch nicht zu erklären, „dass Deutschland eine Verantwortung gegenüber den Juden hat" – und das Thema damit abzuhaken oder um einen Pflichttext im Integrationskurs zu ergänzen. Die eigene Haltung ist genauso wichtig wie der Inhalt der Aussage.
Warum jemand, der in und außerhalb der Schule jahrelang gewisse Behauptungen über Israel oder „die Juden" gelernt hat, diese nicht sofort wie ein Kleidungsstück abstreift, wenn er hier die Grenze überquert, ist für mich einfacher nachzuvollziehen, als weshalb jemand, der die Themen Antisemitismus bis Holocaust hier in der Schule rauf und runter behandelt haben muss, seinen jüdischen Gast bittet, doch den Mund zu halten, weil auch Gäste aus Syrien eingeladen seien. Bei dieser Gastgeberin hat die Pflichtlektüre in der Schule offensichtlich nichts geholfen.
Wenn man sich so von Ängsten und Vermutungen leiten lässt, nimmt man sich zum einen selbst die Chance, vom Gegenteil überzeugt zu werden: Beim Abendessen mit zwei syrischen Schülern kamen wir auf das Thema Reisen, welche Länder wir schon besucht hatten – in meinem Fall also auch Israel. Ich war fast schon enttäuscht, weil ich eine Diskussion erwartet hatte, ihre einzige Frage aber war, ob Israel ein schönes Land sei. Hinzu kommt aber auch: Wer nichts tut, macht mit. Eine Gastgeberin, die ihren jüdischen Gast bittet, einen Teil seiner Identität zu verschweigen, also sich in gewisser Form zu verstecken, steht, im Fall der Fälle, wohl eher nicht auf seiner Seite. Ein syrischer Schüler hat mich gefragt, ob ich denn – vor dem Krieg – auch in Syrien war, ob ich beide Seiten kenne oder nur die israelische. Ich habe ihm gesagt, dass Syrien mich nicht ins Land gelassen habe. „Äh, was?" – „Syrien, wie auch einige andere arabische Länder und Iran, gibt Menschen mit israelischem Stempel im Pass kein Visum." – „Oh, das tut mir leid. Ich habe das nicht gewusst. Das ist natürlich nicht gut."
Natürlich gibt es auch unter Geflüchteten Antisemiten, die Antisemiten bleiben werden, egal was sie hören oder lesen: Zu einem ehemaligen Schüler habe ich den Kontakt abgebrochen, als er auf Facebook postete, dass eines seiner Lieblingsbücher „Mein Kampf" sei.

Der Syrer, der die Hilfe eines Anwalts mit vermeintlich jüdischem Namen wegen dieses Namens ablehnte, wird dann gegebenenfalls seiner Familie erklären müssen, dass sein Aufenthaltstitel zu schlecht ist, um sie nachzuholen. Und dass sein Hass auf Juden größer ist als die Liebe zu seiner Familie. Schon eine sehr traurige Persönlichkeit. Einem Schüler, der sagt, er wolle keine jüdischen Lehrer oder Mitschüler, müsste sich hier jedenfalls nach einem anderen Ort zum Lernen umschauen - nur bieten Gruppierungen, die diese Weltsicht teilen, eher selten Deutschkurse an. Das hierher mitgebrachte Wissen und die mitgebrachten Haltungen sind ja wandelbar: Sie wandeln sich durch hier neu gewonnenes Wissen – und sie wandeln sich auch durch neue Sicht auf alte Quellen. Ich kenne einige Syrer, die auf kein Land so schlecht zu sprechen sind wie auf Saudi-Arabien und die Emirate. Weil die beiden Staaten im Geld schwimmen, sich mit Hilfe für ihre „arabischen Brüder und Schwestern" in Syrien aber nicht gerade hervortun. Ebenso sieht es bei afghanischen Flüchtlingen und dem Iran aus, der sich als schiitische Schutzmacht versteht, Afghanen (und vor allem schiitische Hazara) im eigenen Land aber als Menschen dritter Klasse behandelt. Zu erkennen, dass der Feind meines Feindes nicht ganz so schlecht ist, wie mein Feind ihn darstellt, ist dann nur noch ein kleiner Schritt. Im Deutschkurs haben wir letztes Jahr auch einen Zeitungsartikel über das Frankfurter Gerichtsurteil gelesen, dem zufolge es in Deutschland erlaubt ist, dass Kuwait Airways Passagiere aufgrund ihrer (jüdischen) Religionszugehörigkeit beziehungsweise ihres (israelischen) Passes aussortiert. Alle Schüler waren in dem Fall pro-israelischer als das deutsche Gericht.

Die erste Version dieses Textes entstand als Antwort auf den Artikel „Warum hasst ihr mich?" von Alexandra Berlin in der ZEIT – dieser kann unter zeit.de/2018/04/antisemitismus-juden-deutschland-fluechtlinge nachgelesen werden.

HOW SEARCH AND RESCUE NGOS IN THE CENTRAL MEDITERRANEAN GOT UNDER FIRE IN THE DEBATE ON MIGRATION

Dieser Aufsatz basiert auf einer Masterarbeit am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Der Autor hat darüber hinaus mehrjährige Erfahrung als Teamleiter und Kapitän in der zivilen Seenotrettung.
Gegen Besatzungsmitglieder seines Schiffes „Iuventa" wurde in Italien ein Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zur illegalen Einreise eröffnet, das Schiff im Sommer 2017 beschlagnahmt.
Die Geschichte des Schiffes wird im gleichnamigen Film erzählt.
Die betroffenen Crewmitglieder haben sich in der Organisation „Solidarity at Sea" zusammen geschlossen.

von Benedikt Funke

From Search and Rescue to Protecting Borders

As early as 2011, the Mediterranean was referred to as the "most deadly stretch of water for refugees and migrants" by the UNHCR. Italy as European frontrunner responded to the situation in October 2013 with the founding of the military-humanitarian mission Mare Nostrum which focused on saving lives at sea and operated until October 2014. Facing an immense economic and political burden, Italy was able to set the agenda during its EU presidency in 2014 and pushed towards an EU operation coordinated by the European Border and Coast Guard Agency FRONTEX. The EU launched the operation Triton on 1. November 2014, one day after the suspension of Mare Nostrum. However, due to opposing opinions of Member States it had a changed character compared to Mare Nostrum. The replacement of the mainly humanitarian mission was heavily criticized, primarily due to the drastic reduction of the operational area and the number of assets. The reduced search and rescue (SAR) activity resulted in various major shipwrecks including two unprecedented cases in April 2015 with an estimated number of 1,200 deaths. Several of the

Bild: © Sea-Watch

SAR NGOs describe these large incidents as the main motivator of their founding.
Under growing public and political pressure, in June 2015 the European Council decided to launch the military operation European Union Naval Force Mediterranean (EUNAVFOR MED), again covering the affected area completely. Another effort taken by the EU since 2016 is the training of the Libyan Coast Guard. This is criticized by civil society organisations for being aimed at intercepting boats before they leave Libyan territory rather than focusing on humanitarian assistance.

Various aggressive confrontations of the Libyan Coast Guard and NGO vessels, with gunfire from Coast Guard ships, are fuelling these critical positions.

How Did Civil Society Organisations Step Into the SAR Regime?

The main migratory routes towards Europe shifted from the Aegean Sea to the Central Mediterranean from 2015 to 2016. It still is the main

route in 2017, even though the flows from Libya to Italy dropped significantly. In 2018, the downward trend on the Central Mediterranean route continues, while (from a European perspective) arrivals to Greece and Spain are increasing. The Italian Maritime Rescue Coordination Centre (MRCC) is handling the majority of operations in the Central Mediterranean. While in 2015, Italian vessels conducted most of the rescues, from 2016 on, the NGOs have been the main actors in the area. In 2017, they conducted 46,601 rescues, which is close to the combined 53,571 by EU state ships. Additionally, the Libyan Coast Guard started operations in 2016 and has increased its activity and share of operations until today. As the NGOs started operating, the proportion of deaths resulting from large scale events dropped from 63% in the first half of 2016 to 42% in the same period in 2017.

In their 2016 annual report, the Italian Coast Guard states that NGOs were "coordinated by MRCC Rome with the goal to contribute to S.A.R. operations in favo[u]r of migrants." Still in early 2017, the Coast Guard publicly commented that NGOs were helpful and cooperative partners within the SAR regime. The next annual report simply stated a decrease of NGOs "due to various motivations" without further explanation. In fact, in 2017 various steps were taken by authorities which put pressure on NGOs. The Italian government presented a highly controversial Code of Conduct that was not accepted by NGOs as it was commonly deemed to be breaching the obligations shipmasters have under the law of the sea. Beginning in summer 2017, Italian authorities launched criminal investigations against NGOs and, as a result, arrested the Iuventa.

Most NGO SAR operations indicate basic humanitarian principles as the main motivation of their founders and supporters. Nevertheless, different shades of political motivation can be found in the organisations' agendas. While some describe themselves as unpolitical organisations, others share the opinion that humanitarian work cannot be separated from the causes that make this work necessary. Humanitarian NGOs, however, are generally working in a context where emergencies require immediate action and it is difficult to address structural causes while supplying aid. Therefore, some of the NGOs are explicitly putting effort into advocacy networks. In addition, the organisations regard themselves as the eyes of the civil society at sea, putting pressure on European state authorities to adhere to their legal duties of assisting boats in distress within their responsible area, documenting human rights abuses and collecting testimonies from the rescued.

How Did the Discussion About Civil Society Search and Rescue Organisations Develop?

In order to analyze the public discussion, articles from the Frankfurter Allgemeine Zeitung, Tagesspiegel and the tabloid BILD have been retrieved and coded from two periods in summer 2016 and summer 2017 according to categories fitting into the theoretical concept of Securitization.

The security-related content within the period of summer 2016 was often referring to the EU-Turkey deal, which was mostly described as success for that particular region. However, various passages linked the rising number of arrivals in Italy to the deal: the BILD warned that Italy would turn into the main destination for migrants. Another point included in various passages was the necessity for law enforcement operations against smugglers and traffickers. Manfred Weber, Head of the conservatives in the European Parliament, argued that all possible means, including the use of force, had to be taken to destroy their business, and if needed, also in Libyan territorial waters.

The passages with a humanitarian focus often related to the dangers of the route, the tragedy of the shipwrecks and the efforts of conducting SAR operations. The Tagesspiegel called the Central Mediterranean a death trap and despite the necessity to fight smuggling and trafficking, Counter Admiral Enrico Credendino (who was quoted in the article), operation commander for mission Sophia, stated that at sea there is only one moral law that must never been forgotten: whoever is in distress needs to be rescued. Generally, the coverage centered on the humanitarian crisis with a focus on the victims and survivors, for example with detailed stories about these individuals. The BILD reports at length about the birth of a child on board the Aquarius, the FAZ reports about Pope Francis meeting orphan survivors and praying for the victims. The Italian prime minister Matteo Renzi calls for a coordinated development strategy for the countries of origin, in addition to SAR operations.

In 2017, there were intense discussions about the role of NGOs within the security related passages in the newspapers. Frequently, references were made to the criticism that the organisations would be operating too close to Libyan territorial waters and produce a pull factor. The BILD went even further and argued that some NGOs literally seemed to take over people from smugglers and traffickers. This criticism is quoted within the reports about the seizure of the German rescue vessel Iuventa. In this context, the Italian prosecution announced that there had been evidence for encounters between crewmembers and traffickers or smugglers. Another focus of the coverage lay on the importance of the EU external border security through the strengthening of FRONTEX. The German State Secretary of the Ministry of the Interior, Ole Schröder, demanded to already turn away economic migrants in Africa in order to reduce migration towards Europe.

Concerning a humanitarian context, the arguments dealt with two main issues: First, the undisputed necessity to conduct SAR operations from a maritime law as well as a humanitarian perspective. Second, the human rights situation in Libya, which related to the questions of whether the rescued people could be brought back to their places of departure and whether asylum-seekers could be registered and detained in Libya or other northern African states. From a quantitative view, the discussion in the newspapers shifted from a focus on humanitarian needs in 2016 towards a focus on security related matters in 2017. At the same time, there was an increased reporting of signs of non-cooperation between SAR NGOs and authorities.

From a qualitative view, the practice of humanitarian framing by policymakers and security actors was identified as strategy in order to legitimate police activities like interceptions at sea or operational concepts. For example, Ole Schröder and Emmanuel Macron used the same humanitarian framing when speaking out for the registration of refugees in hotspots in Libya in order to prevent them from risking to cross the Mediterranean. This measure to reduce arrivals to Europe used the context of protection for asylum-seekers, although at that time and still until today, it was commonly accepted that the human rights situation in Libya could not ensure protection for migrants at all.

The measure proposed by Schröder and Macron therefore seems to be a deterrent rather than an actual alternative. It can thus be argued that there is an EU border paradox: the actual border control policies are antagonistic to the basic EU commitment to asylum protection.

The pull factor argument has a similar framing. NGOs are blamed to be cooperating with smugglers or traffickers and are therefore assumed responsible for the victims. With this argument, NGOs themselves are made responsible for the humanitarian tragedy, while at the same time they are perceived as being a threat towards the integrity of the EU external border, both of which legitimates initiative against them.

Conclusion

SAR NGOs in the Central Mediterranean have been facing a shift in their public perception. Italian authorities have initiated legal steps against NGOs in various instances without any result. Nevertheless, these accusations were largely covered by the media, and the NGOs observed a drop in support, especially in terms of plummeting donations. Since the new Italian government took office, the conflict between NGOs and state authorities has been escalating further and the European member states are still struggling to agree on a common direction in their asylum and migration policies. By the beginning of July 2018, no civil society SAR vessel was operational. Therefore, one could argue that these measures are the escalation of political efforts to close the route following still unsuccessful criminalisation efforts.

There is undisputed legal obligation to assist boats in distress according to article 98 United Nations Convention on the Law of the Sea. It is also undisputed that the concerned boats are generally regarded as boats in distress due to their lack of ability to reach a safe place without external assistance. Neither the status of distress nor the fundamental right for protection of refugees are in any way affected even if it might be argued that the situation of distress at sea is created on purpose. Nevertheless, the public discussion increasingly disregards the necessity for SAR operations and its focus shifted towards the necessity of protecting borders. This shift was driven by

securitization efforts and a practice of humanitarian framing by policymakers and security actors in order to legitimate their activities.

The fact that, from a humanitarian perspective, it is not possible to simply stop the operations in order to stop the trafficking has not yet been represented in the public discussion. NGOs are simply blamed for being a pull factor and a threat to European border integrity, justifying them stopping. As the latest escalations have shown, the death toll on the existing route rises in the absence of rescue assets, and additionally, smugglers and traffickers are moving to other routes. Different studies of the periods since the launch of Mare Nostrum until today showed that the presence of SAR assets did not serve as a pull factor, but death rates decreased significantly when larger efforts for humanitarian SAR operations have been made.

Obviously, there is no consensus on the topic of migration and on the issue of solidarity between the member states of the European Union. If solidarity mechanisms could be implemented to take the burden off of southern European states by relocating arriving migrants based on valid asylum claims or an immigration legislation, the current deterrence policies were to be rendered obsolete. While this might still not improve the situation for migrants not covered by the Geneva Convention, it would allow a stronger focus on the protection of migrants.

However, as long as people are trying to cross the Mediterranean, SAR efforts have to be taken in order to guarantee the protection of migrants. The legal framework for SAR operations as well as the refugee law also includes the duty to disembark the rescued in a place of safety. As long as the situation in northern African states does not guarantee a protection of human rights, these places will have to be in Europe.

Bild: Iuventa-Soliposter - Disorder Rebel Store

»DIE AUGEN ZU VERSCHLIESSEN UND NICHTS ZU TUN, IST FÜR MICH KEINE ALTERNATIVE«

Seit dem Sommer 2015 wurde das Asylrecht massiv verschärft. Europa zu erreichen, ist für Menschen auf der Flucht noch schwieriger und gefährlicher geworden. Allein 2018 sind laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) etwa 2133 Menschen auf dem Mittelmeer ums Leben gekommen.
Dagegen stemmen sich private Seenotrettungsorganisationen wie Sea Watch. Italien und die EU blockieren die Lebensretter*innen, indem sie die Schiffe am Auslaufen hindern oder Boote mit Geretteten nicht an italienischen Häfen anlegen lassen. Auch die Aktivist*innen selbst werden von den Behörden attackiert und ihr Engagement kriminalisiert.

Grenzwertig sprach Anfang Oktober 2018 mit Maria Drenk, einer Aktivistin von Sea Watch, über ihre Arbeit und die Lage auf dem Mittelmeer, insbesondere auf der Route zwischen Libyen und Italien.

Inzwischen ist die Sea Watch 3 zusammen mit der spanischen Organisation Proactiva Open Arms und dem italienischen Partnerprojekt Mediterranea wieder in der Such- und Rettungszone vor Libyen auf Mission. In einem gemeinsamen Manifest rufen sie auf, „nicht zu schweigen, sondern gegen die unfaire europäische Politik der Unmenschlichkeit anzutreten." (https://seawatch.org/manifest/)

Interview von Christiane Jellonnek und Björn Brisch

Grenzwertig: *Könntest du Sea Watch bitte kurz nochmal vorstellen. Wie ist die aktuelle Situation?*

Maria: Sea-Watch wurde 2015 als Reaktion auf steigende Todeszahlen im zentralen Mittelmeer gegründet. Nachdem Ende Oktober 2014 die italienische Seenotrettungsmission Mare Nostrum beendet wurde, ertranken über Ostern 2015 weit über 1000 Menschen innerhalb weniger Tage. Seit unserer Gründung betreiben wir durchgängig ein Schiff im zentralen Mittelmeer, um dort Flüchtende aus Seenot zu retten und Menschenrechtsverletzungen durch die sogenannte libysche Küstenwache und europäische Akteure zu dokumentieren. Dazu gibt es seit 2017 auch unser Flugzeug Moonbird, das Luftaufklärungsflüge fliegt, Boote sichtet und aus der Luft Einsätze der Schiffe unterstützen und koordinieren kann.
Daneben ist vor allem in den letzten zwei Jahren unsere politische Rolle immer wichtiger geworden. In einem Europa, in dem Menschenrechte nur noch für die Menschen gelten sollen, die hier geboren wurden, in einem Europa, das immer weiter nach rechts rückt und in dem rechtsstaatliche Prinzipien von einzelnen Politikern ausgehebelt werden können – da braucht es Organisationen die genau das immer wieder aufzeigen und dagegen arbeiten.
Aktuell liegt unser Schiff, die Sea-Watch 3, im Hafen von Malta, weil wir von den maltesischen Behörden ohne Angabe von rechtlichen Gründen am Auslaufen gehindert werden. Dies ist ein ganz klar politisches Manöver. Gleiches gilt für unser

Bild: © Sea-Watch

Flugzeug, mit dem wir nicht mehr von Malta aus in die libysche Rettungszone fliegen dürfen. Aber seit dieser Woche gibt es gute Neuigkeiten! Unser Flieger ist von einem anderen Standort aus wieder im Einsatz, und in Kooperation mit Mediterranea haben wir ein neues Schiff, die Mare Jonio, auf Beobachtungsmission ins zentrale Mittelmeer geschickt. Somit sind wir nur vier Monate nach der illegalen Blockade unserer Rettungsmittel wieder im Einsatz!

Grenzwertig: *Was ist deine Rolle in der Organisation?*

Maria: Ursprünglich habe ich mal als Köchin angefangen und habe sowohl in der Werft als auch auf einer Mission für Crew und Gäste gekocht. Durch Zufall bin ich dann auf der Moonbird gelandet und fliege seitdem als TACCO, also als Tactical Operator Missionen. Wenn ich nicht fliege und es in meinen Alltag integrierbar ist, übernehme ich auch schon mal den Job des ALO, also des Air Liaison Officers. Das bedeutet, dass ich während der Flieger in der Luft ist, die Kommunikation mit dem Flieger und allen anderen Akteuren, wie zum Beispiel dem MRCC (Maritime Rescue Coordination Centre) in Rom oder anderen Schiffen übernehme.

Grenzwertig: *Welche Konsequenzen hatte das Flugverbot der Moonbird? Und wie ist die aktuelle Lage?*

Maria: Das Flugverbot bedeutete vor allem, dass zwischen Juni und Oktober kein ziviles Einsatzmittel kontinuierlich in der SAR Zone (Such- und Rettungszone) war. Das bedeutet neben verminderten Rettungskapazitäten und höheren Todeszahlen vor allem, dass es keine Augen der zivilen Flotte im Mittelmeer gab. Wir wissen also nicht, was in dieser Zeit dort im Mittelmeer passierte, also wie hoch die Todeszahlen wirklich waren, welche Akteure in dieser Zeit vor Ort agierten, wie viele Pull-Backs durch die Libyer und Push-Backs durch die Italiener es gab, und so weiter. Glücklicherweise hat die französische Initiative Pilotes Volontaires (die wir massiv unterstützen und mit denen auch ich dieses Jahr schon geflogen bin), diese Lücke mit ihrem Flugzeug Colibri einigermaßen füllen können, sodass wir zum Beispiel den illegalen Push-Back durch das italienische Schiff Asso Ventotto dokumentieren konnten, welches Geflüchtete wider besseren Wissens nach Tripolis zurückgebracht hat.

Grenzwertig: *Was bedeutet es für dich, Aufklärungsflüge zu fliegen, mit dem Wissen, dass es nicht immer eine Rettung geben kann?*

Maria: Erst vor zwei Wochen hat die Crew von Colibri bei einem Aufklärungsflug wieder einen toten Körper gefunden. Solche Momente sind grausam. Aber sie sind auch ein Reminder, warum es wichtig ist, dass wir da sind. Ja, es gibt aktuell leider nicht immer Rettung. Aber dass wir da sind, erhöht zumindest die Wahrscheinlichkeit einer Rettung massiv. Wenn wir zu spät kommen ist das furchtbar – aber zumindest sterben diese Menschen nicht anonym. Auch wenn es natürlich emotional schwierige Momente gibt – die Augen zu verschließen und nichts zu tun, ist für mich keine Alternative, wenn es doch Möglichkeiten gibt, wie wir die Sterberaten zumindest vermindern können.

Grenzwertig: *Was bedeutet die zunehmende Kriminalisierung von Solidarität für dich?*

Maria: Mich schockieren diese Verrohung und der Verlust von Menschlichkeit, die hier zutage treten. Ich persönlich bin von den daraus folgenden Konsequenzen zum Glück bisher nicht getroffen worden. Ich weiß, dass wir uns innerhalb aller rechtlichen Rahmenbedingungen (Genfer Konvention, SOLAS etc.) bewegen – im Gegensatz zu anderen Akteuren. Deshalb macht mich die Kriminalisierung zwar unglaublich wütend, weil sie auf Freunde von mir tatsächlich reale Auswirkungen hat – aber ich bin gleichzeitig überzeugt davon, dass die Geschichte uns Recht geben wird.

Grenzwertig: *Wie schätzt du die Situation im Mittelmeer aktuell ein? Inwiefern wird internationales Recht durch europäische Regierungen ausgehebelt?*

Maria: Wir haben aktuell die Situation, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen, die es zur Rettung Schiffbrüchiger gibt, nicht mehr zählen. Ähnlich wie das Dublin Abkommen spätestens ab 2015 zu einer leeren Worthülle verkam,

werden auch die legalen Grundlagen zur Seenotrettung leise und inoffiziell abgeschafft, ohne aber Alternativen zu entwerfen. Das Mittelmeer wird aktuell zu einem rechtsfreien Raum, in dem nicht Gesetzestexte bestimmen, was getan werden darf und muss, sondern Einzelpersonen und Partikularinteressen.

Grenzwertig: *Wie hat sich die Situation in den letzten Jahren verändert, v.a. in Bezug auf die EU Politik und die Missionen (Mare Nostrum, Triton, Sophia etc.)? Welche aktuellen Entwicklungen zeichnen sich ab?*

Maria: Mare Nostrum war noch ganz klar als Seenotrettungsmission deklariert. Triton und ganz besonders Sofia sind aber per Definition Einsätze zur Bekämpfung von Schlepperei, und nur im Nachgang Einsätze zur Seenotrettung. Das hat unter anderem zur Folge, dass die Frontex-Schiffe sich deutlich weiter von der libyschen Küste entfernt aufhalten als es zur Rettung Schiffbrüchiger sinnvoll wäre. Was in der Konsequenz zu mehr Toten führt.

Grenzwertig: *Was bedeutet die veränderte Lage für die Menschen, die sich auf den Weg über das Mittelmeer machen?*

Maria: Zunächst einmal bedeutet es, dass das Risiko der Überfahrt massiv angestiegen ist. Aktuell stirbt einer von fünf auf der Route über das zentrale Mittelmeer. Des Weiteren fliehen die Menschen ja trotzdem – sie stecken jetzt nur in Internierungslagern in Libyen fest. Es ist bekannt, dass Menschen dort Misshandlungen, Folter und Vergewaltigungen ausgesetzt sind, das haben zuletzt auch noch einmal das UN Flüchtlingshilfswerk UNHCR und Amnesty International bestätigt. Nur passiert dies jetzt nicht mehr unter den Augen der europäischen Öffentlichkeit. Das Problem ist also keinesfalls gelöst, das Sterben geht weiter! Nur eben weiter weg von unseren Außengrenzen.

Grenzwertig: *Wie ist die Situation vor Tunesien/ Libyen?*

Maria: Es hat sich nicht viel geändert – es fahren weiter viele Boote von dort ab. Seit letzter Woche sind wir nun auch wieder mit Boot und Flugzeug vor Ort. Moonbird und Colibri wechseln sich in der Luftüberwachung ab, und die Mare Jonio des Projektes Mediterranea, welches wir in den vergangenen Wochen sowohl finanziell als auch operativ mit ins Leben gerufen haben, hat auch ihre Beobachtungsmission aufgenommen. Auch wenn es als Beobachtungsmission konzipiert ist, retten wir aber natürlich trotzdem, wenn die Situation es erfordert – so wie es das Seerecht fordert.

Grenzwertig: *Was muss sich ändern?*

Maria: Ganz konkret muss dringend ein neues Asyl- und Migrationssystem entworfen werden. Wir arbeiten aktuell innerhalb eines Systems, das zu Zeiten des Kalten Krieges für Individualflüchtlinge aus der UdSSR entworfen wurde und von Beginn an nur als temporäres System gedacht war. Aber unsere globalisierte Welt braucht ein Migrationssystem, das den neuen Gegebenheiten angepasst ist. Diese Reform wäre riesig – aber sie ist notwendig. Aktuell fokussiert sich die Migrationsdebatte viel zu sehr darauf, kleine Brandherde zu löschen – beispielhaft zu erkennen daran, wie sehr die Seenotrettung in der Kritik steht. Dabei ist nicht die Seenotrettung das Problem – sondern das nicht vorhandene Migrationssystem, in dem wir arbeiten.

Vielen Dank für deinen Bericht und deine Einschätzungen.

Triggerwarnung: Der Text enthält Schilderungen exzessiver Gewalt, auch sexualisierter Gewalt.

VERTRIEBEN UND VERGESSEN

Über den Genozid an den Rohingya aus Myanmar

von Theresa Berg (Frankfurt)

Dicht gedrängt unter Zeltplanen suchen sie vergeblich Schutz in den Camps von Bangladesch. Gegen die Rohingya, eine Minderheit aus dem Nordwesten Myanmars, wendet das myanmarische Militär massive Gewalt an. Seit August 2017 sind über 900.000 Menschen vor Tötung, Vergewaltigung und Verschleppung geflohen.
Wir sind in Cox's Bazar, einer Stadt im südlichen Grenzbezirk von Bangladesch. Mit zahlreichen einfachen Hotels und weitläufigen Stränden ist der Ort beliebtes Urlaubsziel für Bangladeschis. Es herrscht eine gelassene Stimmung hier. Alles scheint seinen alltäglichen Lauf zu nehmen. Wir sind irritiert. Nur wenige Kilometer südlich soll Kutupalong liegen, das Geflüchtetencamp, in dem im November 2017 über eine halbe Million Menschen Zuflucht suchen. Begleitet werden wir von Saif Mithu, dem Gründer der lokalen Organisation Project Kombol, und weiteren Helfer*innen. Kombol ist schon seit Jahren in den Camps um Cox's Bazar tätig und leitet mehrere humanitäre und politische Projekte in ganz Bangladesch. Gemeinsam besprechen wir, wie wir im Camp vorgehen wollen, um mehr über den Konflikt zu erfahren. Was ist in Myanmar passiert, dass so viele Menschen nach Bangladesch fliehen mussten? Kurz nach der Ankunft in Cox's Bazar lernen wir Azim Siddique kennen. Er beherrscht die Sprache der Rohingya und wird uns bei den Dreharbeiten unterstützen. Mit Kameras und Mikrofon im Gepäck machen wir uns am nächsten Tag auf den Weg in die Camps. Eine Straße führt entlang der idyllischen Küste von Cox's Bazar. Anderthalb Stunden dauert die Fahrt in die Camps. Irgendwann verändert sich die Landschaft. Der Verkehr wird dichter und unerträglich laut. Wir passieren einige Militärposten, die kontrollieren, wer die Camps betritt und vor allem verlässt. Rohingya dürfen sich nämlich nicht außerhalb des Bezirks in Bangladesch aufhalten. Wir fahren eine halbe Stunde weiter vorbei an unzähligen Reihen von Zelten, die sich über eine hügelige Landschaft erstrecken. Ich frage mich, warum wir nicht anhalten, wenn wir doch schon längst da sind? Da wird mir bewusst, wie riesig die Fläche ist, über die sich die Camps ausdehnen. Wir fahren weiter und es hört gar nicht auf. Irgendwann halten wir am Straßenrand an. Der Rest ist, wie der größte Teil der Camps, schwer passierbar und mit dem Auto erst recht nicht erreichbar. Wir steigen aus und stehen mitten im Verkehr von Menschen, die dutzendfach Hilfsgüter in die Berge tragen. Wir folgen ihnen, um uns einen ersten Überblick zu verschaffen. Auf einem Hügel kommen wir zum Stehen. Die Dächer aus Plastikplanen reichen bis zum Horizont. Mithu erklärt uns, dass es hier nie eine wirkliche Infrastruktur gab, weil die gesamte Fläche vorher nur aus Wald bestand.

Staatenlos ohne Recht auf Rechte

Wir treffen Faizul, der aus seiner Heimat Tula Toli in Myanmar geflohen ist. Er berichtet, dass die Rohingya schon seit Jahrzehnten starker Unterdrückung, in etwa vergleichbar mit dem südafrikanischen Apartheid-System, ausgesetzt sind. Ein im Jahr 1982 verabschiedetes und bis heute geltendes Gesetz erkennt die Angehörigen der Minderheit nicht als Angehörige des Staates an,

obwohl sie nachweislich seit mehreren Jahren auf dessen Gebiet leben. Oft werden sie von myanmarischer Seite als illegale Einwander*innen gesehen. „In Myanmar wollten sie uns schon immer loswerden“, erklärt Faizul. Ohne Staatsbürgerschaft bleiben den Rohingya grundlegende Rechte verwehrt: So dürfen sie sich im Land nicht frei bewegen, haben kein Wahlrecht und keinen Zugang zu höherer Bildung. Um heiraten oder Kinder bekommen zu dürfen, brauchen sie eine staatliche Genehmigung. Ihre Religion, den Islam, dürfen sie im größtenteils buddhistischen Myanmar nicht frei ausleben.

Im Kampf gegen die Unterdrückung bildete sich die radikale Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA), die mit 150 Bewaffneten Ende August dreißig Polizeistationen angriff. Die Reaktion darauf war verheerend: Unter dem Vorwand, terroristische Anschläge zu verfolgen, begann die myanmarische Armee eine gewaltsame Offensive gegen die Dörfer der Rohingya. In nur wenigen Tagen wurden bereits hunderttausende Rohingya systematisch vertrieben. Luftaufnahmen zeigen, dass flächendeckend komplette Siedlungen niedergebrannt wurden.

Faizul sagt, dass er gegen zwei Uhr nachts plötzlich Gewehrschüsse gehört hat. „Wir rannten aus dem Haus und versteckten uns im Wald“, erzählt er uns. „Am frühen Morgen dann haben sie die Häuser angezündet.“ Kommen sehen hat er den plötzlichen Angriff nicht, mitnehmen konnte er auch nichts. Viele weitere Menschen, mit denen wir reden, berichten uns, was sie sehen mussten an dem Tag, als sie aus Rakhine State in Myanmar vertrieben wurden. „Wir liefen zur Ostseite und bauten dort einen Unterschlupf. Von dort aus haben wir gesehen, wie sie unsere Häuser verbrannten. Erst dachten wir, sie würden uns nichts tun.

Doch dann kamen sie auch zu uns und brannten alles nieder“, erklärt Purima, die ihre Eltern bis heute vermisst. Wir treffen Begoma, die vor zwei Monaten alleine mit ihrem Kind fliehen musste. Sie bittet uns in ihr Zelt. Wir setzen uns auf die Bambusmatten in einem Kreis auf dem Boden. Mehr Einrichtung gibt es hier nicht. Sie meint, dass niemand sonst aus ihrer Gegend hier ist, den sie kennt. Auf der Flucht war sie gezwungen, bei Fremden um Essen zu betteln, um zu überleben. „Sie haben den Vater meiner Kinder vor meinen Augen getötet“, sagt sie mit zittriger Stimme. „Wer sind sie?“, fragt Azim darauf. „Das Militär“, antwortet sie. Dann fährt sie mit dem Schal durch ihr Gesicht, um die Tränen wegzuwischen.

Wir sprechen mit Mohammad Ayub, der durch eine Kugel getroffen wurde und die Flucht mit Glück überlebt hat. Er zeigt uns seine Verletzungen. „Die ganze Nacht lag ich auf dem Waldboden und stellte mich tot“, sagt Mohammad. Am frühen Morgen, als er keine Schüsse mehr hörte, lief er weiter und schaffte es bis hierher nach Bangladesch. Ich treffe Nur Kalima, die von einigen Soldaten in Myanmar sexuell missbraucht wurde. „Sie kamen und sagten, sie möchten ein Glas Wasser. Als ich es holte, zogen sie mich ins Haus und vergewaltigten mich.“ Ihre Stimme wird leiser. Näher möchte sie nicht darauf eingehen, denn das Durchlebte ist zu schlimm. Zum Schluss frage ich sie, ob sie sich vorstellen kann, noch einmal nach Myanmar zurückzukehren. Nie wieder will sie in dieses Land zurück, meint Nur Kalima.

Wir kommen ins Gespräch mit Mohammad Hasan, einem Bürgermeister nahe der Region Mongdu. Während des Gesprächs kommen weitere Menschen hinzu und gruppieren sich um uns. Alle schließen sich zusammen, um über die Lage in Rakhine State zu berichten.

Das Gebiet ist weder für die allgemeine Öffentlichkeit noch für Journalist*innen zugänglich, weshalb es nur wenig Berichterstattung über die Vorfälle gibt. In WhatsApp-Gruppen sammeln die Rohingya Handy-Videos, die sie in Rakhine gedreht haben. Sie wollen Beweismaterial für den Genozid sichern, denn die Weltöffentlichkeit ist zurückhaltend: Nur wenige wagen es, das Wort „Genozid“ im Zusammenhang mit den Rohingya zu benutzen. Auf den Videos sind die verkohlten Überreste von mehreren Leichen vor verbrannten Häusern zu sehen. Wie viel braucht es noch, um in der internationalen Gemeinschaft endlich von einem Genozid zu sprechen?

Warten auf Nichts

Es ist ein Jahr später. Mittlerweile wurden 900.000 Menschen aus Myanmar vertrieben. Viel passiert ist trotzdem nicht. Die Lage der Geflüchteten hat sich nicht verbessert. Noch immer leben sie in den überfüllten Camps nahe der Grenze ohne Chance auf Bildung oder einen Arbeitsplatz. Die internationale Aufmerksamkeit ist komplett verflogen. Dazu hat insbesondere ein Rückkehrabkommen beigetragen, das Myanmar formal verpflichtet hatte, die Rohingya wieder aufzunehmen. Das Problem schien damit gelöst.
Die Realität sieht jedoch anders aus. Bisher hat Myanmar weder Geflüchtete wieder aufgenommen, noch gibt es Bemühungen um eine menschenwürdige Rückkehr. Wohin sollen die Rohingya zurückkehren, wenn von ihren Dörfern nichts mehr übriggeblieben ist?
In Deutschland ist das Thema nicht wirklich präsent. Als „menschenrechtlich sehr durchwachsen“ kritisiert Ulrich Delius von der Gesellschaft für bedrohte Völker den Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD: „Auch fehlt es im neuen

Koalitionsvertrag an einem klaren Bekenntnis zur Schutzverantwortung für Opfer von Völkermord und Verbrechen gegen Menschlichkeit, das in der vorherigen Vereinbarung noch enthalten war. Große menschenrechtliche Krisen wie das Drama der Rohingya in Burma oder der Flüchtlingskatastrophe im Südsudan werden ignoriert.“ Von der AfD werden die Rohingya gezielt für rechte Politik instrumentalisiert. Mit der Unterstützung der muslimischen Minderheit unterstütze man islamistischen Terrorismus, heißt in einer Bundestagsrede von Jürgen Braun, AfD, vom 20. April 2018.

Eine Zukunftsperspektive ist für die Rohingya kaum vorhanden. In Bangladesch sind sie nicht willkommen. Dort steht es nicht zur Debatte, die Rohingya in die Bevölkerung einzugliedern und einzubürgern. Die bengalische Regierung hält einige Spenden und die Lieferung von Baumaterial für wetterfeste Häuser zurück. Einmal im Jahr führt der Monsun zu starken Erdrutschen und macht das Camp in den Hängen für die Geflüchteten zu einem lebensgefährlichen Terrain. Saif Mithu von der bengalischen Hilfsorganisation Project Kombol berichtet, dass bereits mehrere Menschen während des Monsuns verschüttet wurden. Zurzeit plant die Regierung Bangladeschs, die Rohingya auf eine unbewohnte Sumpfinsel umzusiedeln.

Gemeinsam mit Project Kombol sammelt Hilfe für Rohingya e.V. Spenden, um Projekte in den Camps zu verwirklichen. Aktuell wird eine Wasserpumpe gebaut.

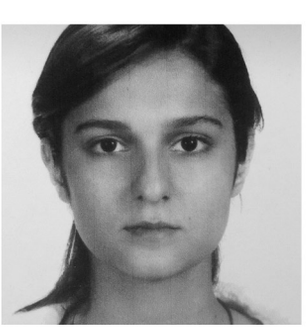
Hilfe für Rohingya e.V.
hilfefuerrohingya.de
Spendenkonto:
IBAN: DE21 5875 1230 0032 6999 02

GARDENIE

von Dujeen Muhamad

Wenn ich meine Gedanken auf Papier bringen will, verschwinden die Wörter. Am Ende des Tages kam ich zurück zu meinem Stift und meinem Papier, um erneut meine Ideen aufzuschreiben, aber wie gewöhnlich wachte ich am nächsten Morgen auf; mein Bett voller zerfetzter Papiere und meine Hände voller Tinte. Verlust und Verlieren sind unglaublich schmerzhaft und haben Millionen Bedeutungen, die auf jede traurige Geschichte zurückzuführen ist. Für mich ist Verlust, mein Land, meine Zukunft, meine Hoffnung zu verlieren. Ich bin eine junge Frau aus Kurdistan in Syrien aus der Stadt Afrin. Als ich meine Heimat verließ, hatte ich keine Ahnung, dass ich dort das letzte Mal sein würde. Ich wusste nicht, was passierte. Alle meine Träume, alle meine Hoffnungen, alle meine einfachen und schönen Dinge waren verschwunden. Jetzt haben sich meine Träume verändert, unser syrischer Krieg hat alles verändert. Unsere Träume sind, dass wir unter einem Himmel leben, ohne die Geräusche des Kriegs zu hören, ohne die traurigen Nachrichten, dass dieses Haus zerstört wurde, dieser Mann starb und dieses Mädchen verängstigt ist. Diese Frau starb vor Hunger oder weil sie keine Medikamente bekam. Ohne zu verhindern, dass Menschen in den Camps aufgrund der Hitze oder Kälte sterben. Haben wir so an Wert verloren?? Ich habe mein Land verlassen und bin nach Deutschland gereist. Auf der Reise mussten wir unsere Religion verstecken, was sehr hart für uns war. Die Sprache meiner Vorfahren ist Alkordea, aber ich spreche sie nicht so gut. Ich habe arabisch gelernt und bin bis zur dritten Klasse in die Schule gegangen, hatte aber wegen des Kriegs in Syrien nicht die Chance zur Universität zu gehen. Das ist, was Krieg macht. Er vertreibt dich an verschiedene Orte mit verschiedenen Menschen und du musst immer von vorne beginnen. Es sterben Menschen, sie verlieren ihre Angehörigen, ihre Kinder, ihre Eltern, Menschen haben bei den Einschlägen ihre Familie sterben sehen. Aber alles hat ein Ende, auch der Krieg wird eines Tages enden. Jetzt bin ich in Deutschland und habe neue Träume, ich gehe zur Schule und werde zur Universität gehen, um meine Träume wahr werden zu lassen. Es ist nicht einfach, ein neues Leben weit weg von all meinen geliebten Menschen in einem neuen Land mit einer neuen Sprache zu beginnen. Aber ich weiß, dass die syrischen Menschen überall Erfolg haben werden.

Dieser Text wurde zuerst veröffentlich in:
kids4kids e.V. (2016) - WorldWideWords



Steckbrief
Dujeen Muhamad
Herkunftsland Syrien
Wohnhaft in Deutschland

Geburtsjahr: 1997
Hobbys: Sprachen lernen, Gitarre spielen
Berufswunsch: Ärztin

5,50 METER PROJEKTIONSFLÄCHE

Die Enthüllung der Karl-Marx-Statue am 5. Mai 2018, der Antikommunismus der Rechten und selbstkritischer Antifaschismus

von Klara Steinmetz, Niklas Wünsch und Jan Maximilian Gerlach (Autorin und Autoren arbeiten im Referat für Antirassismus und Antifaschismus im AStA der Universität Trier.)

Mehr als die meisten anderen berühmten Intellektuellen eignet sich Karl Marx als Projektionsfläche. Ein Teil der Linken verehrt Marx als prophetischen Heilsbringer. Die neue und die alte Rechte sehen in ihm einen ideologisch verblendeten (mittelbaren) Massenmörder. Vielen Bürgerlichen erscheint er als interessante historische Figur ohne aktuelle Relevanz. Die erste Gruppe projiziert auf Marx also das Bild von der kommunistischen Utopie, die zweite jenes von den „realsozialistischen" Dystopien und die dritte die Vorstellung von der vermeintlich grundsätzlich anderen historischen Form der Vergesellschaftung zu Marxens Lebzeiten.

Zur feierlichen Enthüllung der 5,50 Meter messenden, der Stadt Trier von der chinesischen Regierung als Geschenk überreichten Marx-Bronzestatue auf dem zentral gelegenen Simeonstiftplatz tat jede der drei Gruppen ihre jeweilige Sicht öffentlichkeitswirksam kund: Anhänger allen voran der Parteien DKP und Die Linke brachen auf den Trierer Straßen – ihrer eigenen Kritik an der Oberflächlichkeit und Kommerzialisierung des Marx-Gedenkens sowie am Kotau der Stadt vor China zum Trotz – in kollektive Jubelstürme aus, Sympathisanten der AfD fanden sich zum „Schweigemarsch" in scheinbarem Gedenken an die Opfer des Kommunismus zusammen, und die Granden der Sozialdemokratie erwiesen ihrem Stammvater Marx die seltene Ehre der positiven Erwähnung, freilich ohne dabei seine Ideen heute noch ernst zu nehmen.

Bild: Václav Klaus redet am 4. Mai 2018 gegen den „Kulturmarxismus“ an (Foto: © Jan Maximilian Gerlach)

Das Verhältnis der AfD zu Marx und Marxismus im Kontext des 5. Mai ist Gegenstand der folgenden Betrachtungen. Zum Vergleich ziehen wir sodann die örtliche NPD heran. Über den Antimarxismus hinaus weiten wir anschließend die Perspektive auf den Umgang mit der AfD überhaupt, wobei wir ausgehend von einigen theoretischen Überlegungen schließlich praktisch-politische Handlungsmöglichkeiten für Antifaschisten skizzieren.

I. Der Antikommunismus der AfD: ein Vehikel des Antiliberalismus

Die AfD-Demonstration am 5. Mai 2018 glich einem Sammlungsbecken der extremen Rechten. Neben diversen Partei- und Parteijugendfunktionären marschierten auch Leute aus dem Umfeld der Identitären Bewegung sowie der einstige NPD-RLP-Vizechef Sascha Wagner samt einem Tross seiner Gesinnungsgenossen mit. Triers bekanntester Neonazi Safet Babic fehlte hingegen; darauf kommen wir noch zu sprechen.

Die Trierer AfD merkt an, im Namen von Marx seien „Millionen von Menschen im Laufe der Geschichte entrechtet, verfolgt und getötet“ worden,[1] was offenkundig zutrifft. Auch den „unkritische[-n] Hype um seine Person“ sowie das „[bunte] Gemisch von Kitsch, Kommerz und Kult“[2] greift sie richtigerweise an. Gleiches gilt für die legitimatorische Wirkung der Annahme der von dem Künstler und treuen Parteisoldaten Wu Weishan angefertigten Statue zugunsten der autoritären Diktatur Chinas sowie den „Zusammenhang zwischen marxistischer Ideologie und den Verbrechen des Kommunismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen“.[3] All dies ist in der Tat problematisch. Wenn die AfD es anspricht, ist sie denjenigen Linken, die sich elementarer Kritik verweigern, auf diesem Feld objektiv voraus.

Allein zur Ausführung der notwendigen Kritik über die bloße, plakative Ansprache hinaus zeigt sich die Partei außerstande: Jenem Zusammenhang zwischen der Marxschen Theorie und dem realsozialistischen Terror wirklich auf die Spur zu kommen, versucht sie gar nicht erst in ernsthafter Weise. Stattdessen lud sie am Vorabend der Marx-Feierlichkeiten unter dem originellen Titel „Marx vom Sockel holen“ zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, deren prominentester Gast der frühere tschechische Staatspräsident Václav Klaus war. Hier sollte, so die Ankündigung, eine „kritische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus“ geboten werden. Klaus sollte offenbar als antikommunistischer Gewährsmann qua Biographie fungieren – schließlich verbrachte er die längste Zeit seines Lebens unter den Verhältnissen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und müsste also schon aus schierer Lebenserfahrung heraus glaubhaft be-

1 AfD Stadtratsfraktion Trier (2018): Marx vom Sockel holen, in: Stadtbibliothek Walderdorff. URL: http://www.stadtbibliothek-walderdorff.de/icc/stadtbibliothek-walderdorff/nav/fde/broker.jsp?uMen=89f50087-3ef9-c041-e4fe-cad1a348b027&uCon=c333daf9-9d7f-2618-bdc3-c752a59976c6&uTem=63f7089a-29fc-6c31-e777-d8b132ead2aa [09.09.2018].

2 Ebd.

3 Vgl. ebd.

stätigen können, dass Marxens Kritik der politischen Ökonomie reines Teufelszeug wäre. Dieser Erwartung wurde er unter explizitem Verweis auf die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, die „für alle genügend, überzeugend und entscheidend“ sein sollten, denn auch gerecht.[1] Zwar sei er kein Marx-Experte und wolle sich oberflächlichen Urteilen über den „bedeutungsvollen [...] Denker“ enthalten. Das hinderte ihn indes nicht an demjenigen oberflächlichen Urteil, dass Marx gefährlich sei und somit vor ihm gewarnt werden müsse: Jener habe „die Herrschaft des Menschen über den Menschen“ propagiert, und in der historisch geschehenen Trivialisierung seiner Lehre sei deren Stärke, ergo Schwäche, am besten erkennbar geworden. Nach gängigem Schema stellte Klaus ihn dar als wichtigen Sozialwissenschaftler, aber bestenfalls durchschnittlichen Ökonomen.

Im Anschluss an diese scheinkritische Abkanzelung kaprizierte sich der Ex-Präsident auf sein jüngstes Lieblingsthema, namentlich den sogenannten Kulturmarxismus. Unter dieses Stichwort fassen Neurechte und Rechtspopulisten, was sie glauben, als um sich greifende „links-grün versiffte“ Ideologie der „Gutmenschen“ erkannt zu haben: den Hang zur Auflösung der wahren Kultur des weißen Mannes und ihres christlich-abendländischen Familienideals auf der Basis der kulturanalytischen Betrachtungen von (Neo-)Marxisten der Frankfurter Schule. In den Worten des Redners: „Marxismus kommt zurück [...] unter neuen Fahnen, diesmal weniger roten, mehr grünen und regenbogen[-farbenen]“; Marx selbst – von dem etwa zahlreiche persönliche Briefe in reichlich derber Sprache überliefert sind – assoziierte er absurderweise unmittelbar mit heutiger politischer Korrektheit.

Bei diesem Narrativ hat man es mit einer zeitgenössischen Spielart des alten Phänomens des Antikommunismus zu tun. Als Gegenbewegung ist dieser beinahe so lange in der Welt wie der Kommunismus selbst und fand vor allem im Laufe des 20. Jahrhunderts in verschiedenen Ausformungen nicht zuletzt in Deutschland weite Verbreitung. War er nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Wegfall des Ost-West-

1 Vgl. Klaus, Václav (2018): 200 Jahre Karl Marx, in: Youtube.com. Video-URL: https://www.youtube.com/watch?v=apQDa4oEtyc [09.09.2018]; sowie Klaus, Václav (2018): Sollte Karl Marx zweihundert Jahre nach seinem Geburtstag ein neues kolossales Denkmal in Trier bekommen? Text-URL: https://www.youtube.com/watch?v=apQDa4oEtyc [09.09.2018].

Bild: Vereint im Kampf gegen den Liberalismus: AfD, Identitäre Bewegung und Neonazis
(Foto: © Jan Maximilian Gerlach)

Antagonismus zunächst abgeflaut, so scheint er unter den gegenwärtigen Bedingungen des gesellschaftlichen Rechtsrucks wieder Konjunktur zu haben. Wie historisch etwa den Nazis dient der Antikommunismus auch der Neuen Rechten als zentrales ideologisches Element internationaler Vernetzung; das illustriert der Besuch von Václav Klaus zur kollektiven Marx-Schelte. Sein Feindbild findet er, statt in Planwirtschaft und sozialistischer Diktatur, nunmehr in all jenen politischen und gesellschaftlichen Kräften, die Pluralismus, Emanzipation, Gleichstellung, Antidiskriminierung, Multikulturalismus und dergleichen befürworten, also auch in Sozialdemokraten, Grünen etc. Obschon Klaus stellenweise so tat, als würde es sich bei den gesellschaftlichen Eliten des Westens mehrheitlich um glühende Antikapitalisten handeln: Die zum ideologischen Kernbestand der Neuen Rechten wie auch des Rechtspopulismus gehörende Elitenverachtung kann in Zeiten, da offenkundig Neoliberalismus herrscht, die bestehende Hegemonie nicht konsistent als ökonomisch-kommunistisch entlarven. In einer abenteuerlichen Volte denunziert sie diese daher stattdessen als sozusagen kulturell-kommunistisch, eben „kulturmarxistisch". Eingedenk ideologischer Überschneidungen dürften nichtsdestoweniger viele Anhänger des älteren rechtsradikalen wie auch des traditionellen bürgerlichen Antikommunismus hierfür empfänglich sein, zumal sich ein weites Feld an potentiellen Angriffsobjekten auftut: Klaus bezeichnet gar noch die Europäische Union als kulturmarxistische Akteurin innerhalb des „marxianischen Projekts" der europäischen Integration. In diesem Lichte mögen denn auch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der wie viele andere Marx von der Verantwortung für die Verbrechen des Kommunismus freisprach,[1] sowie etwa die gesamte SPD, die Marx gar feierte,[2] als willfährige Erfüllungsgehilfen der kommunistischen Revolution erscheinen.

Im Zusammenhang mit dem „Schweigemarsch" der Trierer AfD waren folgende Besonderheiten einer antikommunistischen Strategie zu beobachten: Es wurde personalisiert durch die demonstrative Anknüpfung an einzelne Familiengeschichten, in denen Opfer etwa von DDR-Unrecht vorkommen; es wurde emotionalisiert durch Trauerkranz und Blumen; das Anliegen wurde aktualisiert zum Beispiel durch den Bezug auf die Unterdrückung Tibets durch das – der Propaganda der chinesischen KP gemäß – als „kommunistisch" markierte China (mit „Free-Tibet"-Plakaten); selbstverständlich wurde unzulässig pauschalisiert, sofern von „den Kommunisten" als homogener Masse und „dem Kommunismus" als homogenem Theoriegebäude ausgegangen wurde; Marx ferner wurde logischerweise identifiziert mit Letzterem, genauso wie implizit mit der chinesischen Parteidiktatur, gleichermaßen der sowjetischen usw.; und natürlich wurde über Gebühr simplifiziert, als wäre die Marxsche Theorie ein monolithischer Block ohne jegliche Mehrdeutigkeit und daraus resultierende Auslegungsbedürftigkeit, gleichsam nichts als eine konkrete Schritt-für-Schritt-Anleitung zur Realisierung der „Diktatur des Proletariats".

Das antikommunistische Manöver der AfD im Kontext des Trierer Marx-Tags hinterlässt wegen des Kontrastes zwischen einer gewissen Inbrunst in der Agitation einerseits und erheblicher Inhaltsarmut andererseits zudem den Eindruck von Wahnhaftigkeit: Imaginiert wird eine sich im bürgerlichen Staat allerorten versteckende moderne Version des „Gespenstes des Kommunismus", das Marx und Engels 1848 mit dem Kommunistischen Manifest auf Europa losließen. In rechtspopulistischen Medien, so etwa in der „Epoch Times", werden hieraus Verschwörungserzählungen gesponnen: Der Kommunismus habe seinen Ursprung im Satanismus und im Illuminatenorden, Marx und Engels ebenso wie Lenin und Stalin seien allesamt selbst Satanisten gewesen und hätten ihre Ideen vornehmlich aus tiefem „Hass auf die Menschheit" geschöpft.[3]

1 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz (2018): Große Ehre für Karl Marx. URL: https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/trier/So-feiert-Trier-den-200-Geburtstag-von-Karl-Marx,festakt-200-jahre-marx-in-trier-100.html [09.09.2018].

2 Wientjes, Bernd (2018): „Ohne die Trierer Winzer hätte Karl Marx das Kapital gar nicht geschrieben", in: Trierischer Volksfreund. URL: https://www.volksfreund.de/region/spd-ehrt-marx-mit-eigener-feier-im-theater-trier_aid-22458293 [09.09.2018].

3 Epoch Times (2018): Der dunkle Ursprung des Kommunismus: Hass auf die Menschheit, Hass auf die Schöpfung – Ein Spezialeditorial. URL: https://www.epochtimes.de/wissen/der-dunkle-ursprung-des-kommunismus-satanismus-illuminaten-und-ihr-hass-auf-die-welt-a2065872.html [09.09.2018].

Bild: NPD-Chef Safet Babic (rechts) pfeift auf die Karl-Marx-Statue
(Foto: © Jan Maximilian Gerlach)

An solch buchstäblicher Verteufelung wird deutlich, dass nicht zuletzt die Rückbesinnung auf das Spirituelle – dem Religionskritiker Marx diametral zuwider – in autoritär geprägten Gefühlswelten eine signifikante Rolle spielt. Der neurechte Antimodernismus sehnt nicht nur die Rückkehr zu Familie, Volk und traditioneller Moral herbei, sondern auch jene zur göttlichen Obhut im christlichen Glauben. Insofern schreibt er sich ein in den Kontext des (unbewussten) Strebens nach einer umfassenden Mythologisierung der Lebenswelt, die es dem in der (Post-)Moderne allem einschließlich seiner selbst entfremdeten Menschen erlauben würde, wieder zu sich und obendrein zu Gott zu kommen. Aus dieser Warte inkarniert die Figur Marx das gottlose Gegenbild des sittenlosen, selbstherrlichen Individuums, das sich in seiner Verlorenheit dem Chaos anheimgibt. Dass gerade die Befreiung eben desselben „geknechteten" Menschen von den Verhältnissen der ständigen Wertverwertung, in denen er gefangen ist, im Zentrum von Marxens Kapitalismuskritik steht, bleibt zurzeit freilich weit über die Reihen der AfD-Unterstützer hinaus den meisten verborgen.

Den vulgären Marx-Mythos, dem wie eingangs erwähnt nach wie vor große Teile der Linken anhängen, hat die Rechte längst wahrgenommen – und in einen nicht minder irrsinnigen antikommunistischen Gegenmythos verkehrt. Diesen trug auch die AfD bei ihrem Trierer Anti-Marx-Protest mit Schild und Banner vor sich her. In Wahrheit ist er nur ein Vehikel für ihren Antiliberalismus, mit dem sie gegen die offene Gesellschaft agitiert. Kommunismus symbolisiert in den Augen der Antiliberalen den Großangriff auf alles, was ihnen heilig ist: Volk, Familie, Privateigentum, Religion. Am projektiven Feindbild des freiheitlichen Kommunisten Marx bekämpfen die der völkischen Mythologie solchermaßen Verfallenen die eigene, im autoritären Charakter unterdrückte und pervertierte Sehnsucht nach jener Freiheit, die der Kapitalismus dem Menschen schlechthin versagt.

II. Der Antikommunismus der Trierer NPD: national, sozialistisch und antisemitisch

Die NPD repräsentiert einen anderen Antikommunismus als die AfD. 2013 richtete sie gar ein „Nationales Karl-Marx-Seminar" aus und plädierte dafür, dass „sich auch Nationalisten die Kapitalismusanalyse von Marx aneignen sollten".[1] Der Trierer Kreisvorsitzende der Partei, Safet Babic, steht exemplarisch für Bestrebungen im alt- und neurechten Spektrum, die soziale Frage (wieder) aufzugreifen, sich dazu Marxens Kapitalismus-

1 Sache des Volkes (2013): Nationales Karl Marx-Seminar. URL: https://sachedesvolkes.wordpress.com/2013/05/08/nationales-karl-marx-seminar/ [09.09.2018].

kritik anzueignen und diese von rechts zu aktualisieren, um sodann mit Marx über Marx hinaus den – als amerikanisch, manchmal auch als jüdisch essentialisierten – westlichen Liberalismus sowohl über die kulturelle als auch über die ökonomische Flanke zu attackieren – und die Linke nebenbei überflüssig zu machen.

Die AfD hingegen hat programmatisch keinen Wohlfahrtsstaat im Angebot und besetzt kaum verteilungspolitische Fragen, obwohl ihr völkisch-nationalistischer Flügel genau das (erfolglos) fordert. Es gibt eine parteiinterne Konfliktlinie zwischen den Extremen des Neoliberalismus einerseits und des völkischen Antikapitalismus andererseits, die potentiell zwar durch die verbindende, gesellschaftspolitisch konservative Idee überbrückt werden kann, dass die Familie auffangen soll, was der abgebaute Wohlfahrtsstaat künftig nicht mehr leisten würde: die Übernahme sozialer Verantwortung etwa bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und in der Pflege. Eine solche privatisierte Daseinsvorsorge könnte einen umfassenden Abbau sozialstaatlicher Leistungen realistischerweise aber nicht ausgleichen, weshalb die Wählerschaft der AfD entsprechende Pläne kaum befürworten würde; vielmehr erwartet sie von der Partei ja die eigene (wirtschaftliche) Besserstellung gegenüber Fremdgruppen. Demzufolge ist im Gegenteil davon auszugehen, dass es mittelfristig – analog zur Entwicklung des französischen „Front National“ unter Marine Le Pen – zu einer sozialpolitischen Kurskorrektur der AfD hin zum Paradigma eines ausgebauten „Wohlfahrtsstaates für Deutsche“ kommen wird. Doch das ist noch Zukunftsmusik. In ihrem „Antimarxistischen Manifest“, das die AfD am 5. Mai 2018 in Trier verteilte, heißt es mit Blick auf die Sozialpolitik bislang nur nebulös, man appelliere an das „soziale Verantwortungsgefühl“ der Bürger und wende sich gegen „großangelegte Umverteilungen“. Diese Positionierung ist angesichts ihres derzeit überwiegend eher neoliberal eingestellten Führungspersonals, das nicht bereit für eine wirtschaftspolitische strategische Wende ist, nicht verwunderlich und steht im Widerspruch zur Programmatik der NPD.

Die Unterschiede zwischen den rechten Antikommunismen traten im Trierer Mai 2018 auch an anderer Stelle hervor: Während die AfD Marx als „[üblen] Rassist[-en] und Antisemit[-en]“ schmähte,[1] machte ein NPD-Flugblatt ihn als „Karl Mordechai Marx“ zum Juden sowie „antideutschen Terror-Theoretiker“, dessen Ideen „Lenin, Stalin und Mao [...] nicht ‚missbraucht‘, sondern folgerichtig angewandt“ hätten. Der Antikommunismus der NPD ist ohne den antisemitischen Topos, wonach die Juden hinter dem

1 AfD Trier (2018): Nie wieder Marxismus!, in: Facebook.com. URL: https://www.facebook.com/afdtrier/photos/a.690850020962273/1795277113852886/?type=3&theater [09.09.2018].

Bild: Ein Plakat mit Argumenten - oder doch nur Selbstvergewisserung?
(Foto: © Jan Maximilian Gerlach)

Kommunismus stünden und das deutsche Vaterland verraten hätten, nicht zu fassen.

Trotzdem hatte sich Babic wiederholt positiv zur AfD geäußert. 2016 hatte er dem „Spiegel“ gesagt, er könne sich im Falle eines NPD-Verbotes durchaus vorstellen, der AfD beizutreten. Die ernte gegenwärtig politisch, was die NPD gesät habe.[1] Im September 2017 hatte er bei einer NPD-Kundgebung in Trier erklärt: „Es freut mich, dass im nächsten Bundestag mit großer Sicherheit die AfD einziehen wird, und damit eine Partei, die zumindest viele Forderungen der NPD ins Volk trägt und damit auch noch bekannter macht. […] Die AfD geht in die richtige Richtung, aber wir gehen noch einen Schritt weiter. Unser Ziel ist die nationale Revolution in Deutschland, unser Ziel ist der nationale Umbruch“.[2]

Die AfD ist für Babic eine taktische Option, aber inhaltlich keine deckungsgleiche Organisation. Und auf persönlicher Ebene dürfte der, wie es im „Spiegel“ heißt, „König einer Handvoll NPDler“ das Bedürfnis haben, sich abzuheben und herauszustechen. Das tat er während der Enthüllung des Marx-Monuments gemeinsam mit den wenigen eigenen Anhängern und anderen wütenden Einzelpersonen, indem sie die offizielle Zeremonie in der Innenstadt durch Pfiffe und Rufe störten. Die Trierer AfD samt ihrem Vorsitzenden, dem früheren Mathematik- und Religionslehrer und jetzigen Abgeordneten im Mainzer Landtag Michael Frisch, verfügt ihrerseits wiederum über genug politischen Weitblick, um nicht mit Babic zu paktieren.

III. Zum Umgang mit der AfD

In diesen Zeiten der – nahezu globalen – Renaissance des Autoritarismus darf die Linke ihren Fokus nicht auf die emanzipatorische Perspektive allein verengen, sondern muss sich zuvorderst der wachsenden regressiven Dynamik entgegenstellen. Aber wie? Weit über das Feld des Antikommunismus hinaus stellt sich die Frage nach dem richtigen Umgang mit den politischen Akteuren dieser Dynamik, zu denen auch die AfD zählt.

Generell finden wir es richtig, Sagbarkeitsgrenzen zu definieren und auf ihre Einhaltung zu bestehen: Faschistoide Meinungen sollen nicht gleichberechtigt diskutiert werden. Äußerungen sind stattdessen am Prinzip argumentativer Redlichkeit zu messen. Sagbarkeitsgrenzen dürfen indes nicht willkürlich gezogen werden, sondern müssen ihrerseits nachvollziehbar begründet sein. Um der AfD wirksam entgegentreten zu können, ist es notwendig, dass sich demokratische Werte und Überzeugungen im Diskurs durchsetzen und mithin die Grundlage des demokratischen Zusammenlebens dauerhaft erhalten bleibt.

Tatsächlich befindet sich die antifaschistische Bewegung selten in der Position, darüber zu entscheiden, wie der öffentliche Diskurs geführt wird. Daher schlagen wir vor, die Frage nach dem richtigen Umgang mit der AfD pragmatisch anzugehen. Wir meinen: Die Diskussion mit Menschen, die kein geschlossenes Weltbild haben, lohnt sich. Darunter fallen prototypisch Mitläufer, also Leute ohne herausragende Position (zum Beispiel eine Funktion in der Partei), die zudem grundsätzlich auf Argumente eingehen und damit anerkennen, dass ihr Gegenüber recht haben könnte. Dagegen lohnt es sich nicht, mit Leuten zu diskutieren, die ein geschlossenes Weltbild haben, also grundsätzlich nicht zugänglich sind für Argumente und andere Sichtweisen. Prototypisch kann man hier an Kader denken, also Personen in herausragender Position.

Von dem pseudoantifaschistischen Reflex, die Forderungen der AfD a priori als nazistisch zu etikettieren, müssen sich Antifaschisten befreien und stattdessen argumentieren, welche Überzeugungen tatsächlich antidemokratisch und menschenfeindlich sind. Nötig ist eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung, die nicht auf Affekte setzt, sondern eine gewissenhafte Analyse vorlegt. Dazu gehört es, die AfD als ein neues Phänomen zu begreifen, das zugleich in der alten politischen Tradition der sogenannten

1 Stuff, Britta (2016): Heimat, in: Der Spiegel 36/2016, Seiten 34-37. URL: http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/146612502 [09.09.2018].

2 Bassin, Max (2017): 444 in Trier – Ist Safet Babic zurück?, in: Zeit Online Blog Störungsmelder. URL: https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2017/09/07/444-in-trier-ist-safet-babic-zurueck_24747 [09.09.2018].

Bild: (Foto: © Jan Maximilian Gerlach)

Konservativen Revolution steht. Gewissenhafter Antifaschismus analysiert die AfD in ihrer konkreten Gestalt und ihrem konkreten Handeln und bedient sich dabei insbesondere einer vernunftgeleiteten Kapitalismuskritik sowie einer sozialpsychologischen Faschismusanalyse. Einem pseudoantifaschistischen Reflex par excellence gibt die Linke nach, wenn sie sich in Gegnerschaft zum real existierenden antimuslimischen Rassismus der AfD blind vor alle Muslime oder gleich vor den Islam als Ganzes stellt und dabei unfähig wird, die Objekte ihres paternalistischen Schutzes kritisch anzusehen. Eine solche Linke ist empathielos und nimmt die Zurichtungen nicht wahr, die vielen Muslimen – und allen anderen Opfern – von anderen Muslimen angetan und mit dem Islam begründet werden. Beispielhaft seien hier Zwangsverschleierung, Ehrenmorde und Terrorismus genannt. Wem es wie Marx wahrhaftig darum geht, gegen alle Verhältnisse anzukämpfen, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“, muss auch Islamkritik üben, damit sich die Vernunft gegen den religiösen Wahn durchsetzt.

Der Aufstieg der AfD fällt in eine Zeit der Expertokratie, die von dem undemokratischen Gedanken gekennzeichnet ist, dass gesellschaftliche Probleme Sachzwängen unterlägen, die nach ganz bestimmten, scheinbar rationalen Lösungen verlangten. In diesem Denken ist kein Platz für den demokratischen Streit, denn jene Lösungen sind angeblich „alternativlos“. So erscheinen beispielsweise die Rettung von Banken und die Abschottung Europas als einzig rationale Vorgehensweisen, um das Finanzsystem bzw. Sicherheit und Wohlstand zu erhalten. Dabei sind in beiden Fällen durchaus andere Lösungen denkbar, die aber kaum überhaupt erwogen, geschweige denn breit diskutiert würden. Für die AfD ergibt sich hier die Möglichkeit, einen Kampf um Ordnungsprinzipien zu führen, indem sie eine gesamtgesellschaftliche Alternative zur herrschenden Expertokratie formuliert und damit die Demokratie an ihr Versprechen auf Kontroverse erinnert. Manche Beobachter erhoffen sich vor diesem Hintergrund eine unfreiwillige Revitalisierung der Demokratie durch die AfD. Vergessen sollte man indes nicht, dass diese Partei in ihrem Kern der antidemokratischen Vor-

stellung völkischer Homogenität anhängt und sich im Politischen nach einer Harmonie sehnt, die ausdrücklich im Widerspruch zum Wesen der Demokratie, dem demokratischen Streit, steht. Exemplarisch heißt es dazu im „Antimarxistischen Manifest“: „Wir wenden uns gegen die […] sozialistische Gleichmacherei und die damit verbundene, gewaltsam umgesetzte Nivellierung biologischer und kultureller Unterschiede auf der Ebene der einzelnen Menschen wie auf der von Gemeinschaften, Völkern und Staaten“. Um ihre Ziele zu erreichen, inszeniert sich die Partei als Vollstreckerin eines Volkswillens, der auf einem einfachen Freund-Feind-Denken basiert und – in Anlehnung an Nazi-Vordenker Carl Schmitt – bloß noch von ihr erfühlt und umgesetzt werden müsste. Damit stellt sich die AfD gegen jede parlamentarische Vermittlung, die das Gemeinwohl im demokratisch-pluralistischen Prozess von repräsentativen Mehrheiten aushandelt. Spiegelbildlich zur Expertokratie gibt es auch hier kein Ringen um Argumente, keine demokratische Diskussion und keine Kompromisse zwischen den Repräsentanten unterschiedlicher Interessen. Zum Ausdruck kommt dieses Politikverständnis beispielsweise im Abkanzeln der „Altparteien“ als „Volksverräter“.

Dabei verschiebt die AfD Sagbarkeitsgrenzen und versucht, das konservative Milieu zu radikalisieren. Sie möchte sich im demokratischen Pluralismus verankern und so langfristig eine rechte Hegemonie errichten. Mit ihren Homogenitätsphantasien (völkisches Staatsbürgerverständnis, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus etc.) stellt sie sich gegen die Freiheit und die Gleichheit der Menschen. Konkret lässt sich das zum Beispiel an Beatrix von Storchs Erwägung eines Schießbefehls auf Flüchtlinge festmachen; an dem Versuch, Geschlechterverhältnisse zu naturalisieren und Frauen den Subjektstatus abzusprechen; an der Forderung, das Territorialprinzip zugunsten einer völkischen Bluts- und Abstammungsgesellschaft abzuschaffen; oder an der Anfrage einer ihrer Abgeordneten im Thüringer Landtag zur Erfassung der Anzahl der Homo-, Bi- und Transsexuellen in dem Bundesland. Der AfD gegenüber tolerant zu sein, hieße also, Gleichheit und Freiheit zu verraten.

IV. Antifaschistischer Gegenprotest über das Marx-Wochenende hinaus

Über den konkreten Anlass hinaus stellt sich generell die Frage, wie Antifaschisten sinnvoll auf die Kampagnen der AfD reagieren können. Positiv in Erinnerung geblieben ist uns ein Redebeitrag, den Pro Familia Trier am 4. Mai 2018 anlässlich einer Kundgebung gegen die AfD hielt und der sich gerade nicht darauf reduzierte, Letztere zu dämonisieren. Stattdessen vermittelte die Rede einen Eindruck davon, was der gesamtgesellschaftliche Angriff der AfD auf die „aufgeklärte und freie Gesellschaft“ auch bedeutet: Alleinerziehenden wird – entgegen den Erkenntnissen psychologischer Forschung – unterstellt, sie würden die kindliche Entwicklung schädigen; Frauen wird sukzessive das Recht abgesprochen, über ihre Schwangerschaften selbst zu entscheiden, und dagegen der angebliche Schutz ungeborenen Lebens in Stellung gebracht; Kindern und Jugendlichen soll altersgerechte Sexualaufklärung vorenthalten werden und entsprechende Programme werden als „Frühsexualisierung“ geschmäht; Homo- und Transsexualität sind für die AfD schlichtweg „Genderideologie“, eine Stigmatisierung, die homo- und transphober Gewalt das Feld bereitet; Familien sind, wie es im „Antimarxistischen Manifest“ heißt, „sinnvolle und schützenswerte Keimzelle des Staates“ – der Erhalt AfD-idealtypischer Familien wird damit zur nationalen Schicksalsfrage und die „Selbstabschaffung Deutschlands“ zu ihrem Alptraum, der nicht nur vom diagnostizierten Sittenverfall liberaler Deutscher genährt wird, sondern auch durch den Zuzug von Flüchtlingen und ihren Familien droht, Realität zu werden. Mit der AfD droht ein Rollback in die 1950er und 1960er Jahre, der eine selbstbestimmte Lebensplanung verhindern und sowohl Frauen als auch Männer in antiquierte Rollenbilder zwängen will. Auf dem Spiel stehen die persönliche Freiheit und die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Zur Form des Protests: Demonstrationen bergen immer die Chance, sich selbst als Teil einer handlungsfähigen Bewegung zu begreifen, die real in der Lage ist, politisch-gesellschaftlichen Einfluss auszuüben. Statt das Demonstrieren lediglich als Pflicht-Freizeitgestaltung und „Socialising-Event“ zu konsumieren, bei dem man sich in erster Linie mit Freunden trifft und Kontakte pflegt, sollte es darum gehen, sich stärker als kollektiven politischen Akteur zu verstehen. Diese Selbstermächtigung entsteht organisatorisch wiederum in der Tat durch das Knüpfen von Netzwerken (die auch außerhalb von Demonstrationen politische Synergien erzeugen sollten) und durch ein gemeinsames Erleben als Kollektiv, das demokratisch für gemeinsame, vernünftige Ziele eintritt.

Nach außen können Demonstrationen die wichtige Funktion erfüllen, unbekannte Narrative, politischen Protest, eigene Argumente und ganz allgemein Alternativen sichtbar zu machen; dies durch Transparente, Reden, Schilder, Pressearbeit und – hier sehen wir großen Nachholbedarf in Trier – durch Flugblätter, die an Passanten verteilt werden. Eine Demonstration sollte stets klar und offensiv nach außen kommunizieren, welche Kernanliegen sie vertritt, um Unentschlossene anzusprechen und politische Gegner mit konträren Standpunkten zu konfrontieren – andernfalls kann man sich auch gleich, ohne Polizei, gemeinsam auf ein Bier in der Kneipe treffen. Eventuell ist eine Demonstration nicht immer der beste Weg, in die Öffentlichkeit zu treten; man sollte sich auch einmal Gedanken über ein etwaiges Ausbrechen aus der Demoroutine machen. Eine mögliche Alternative können Kunstaktionen sein.

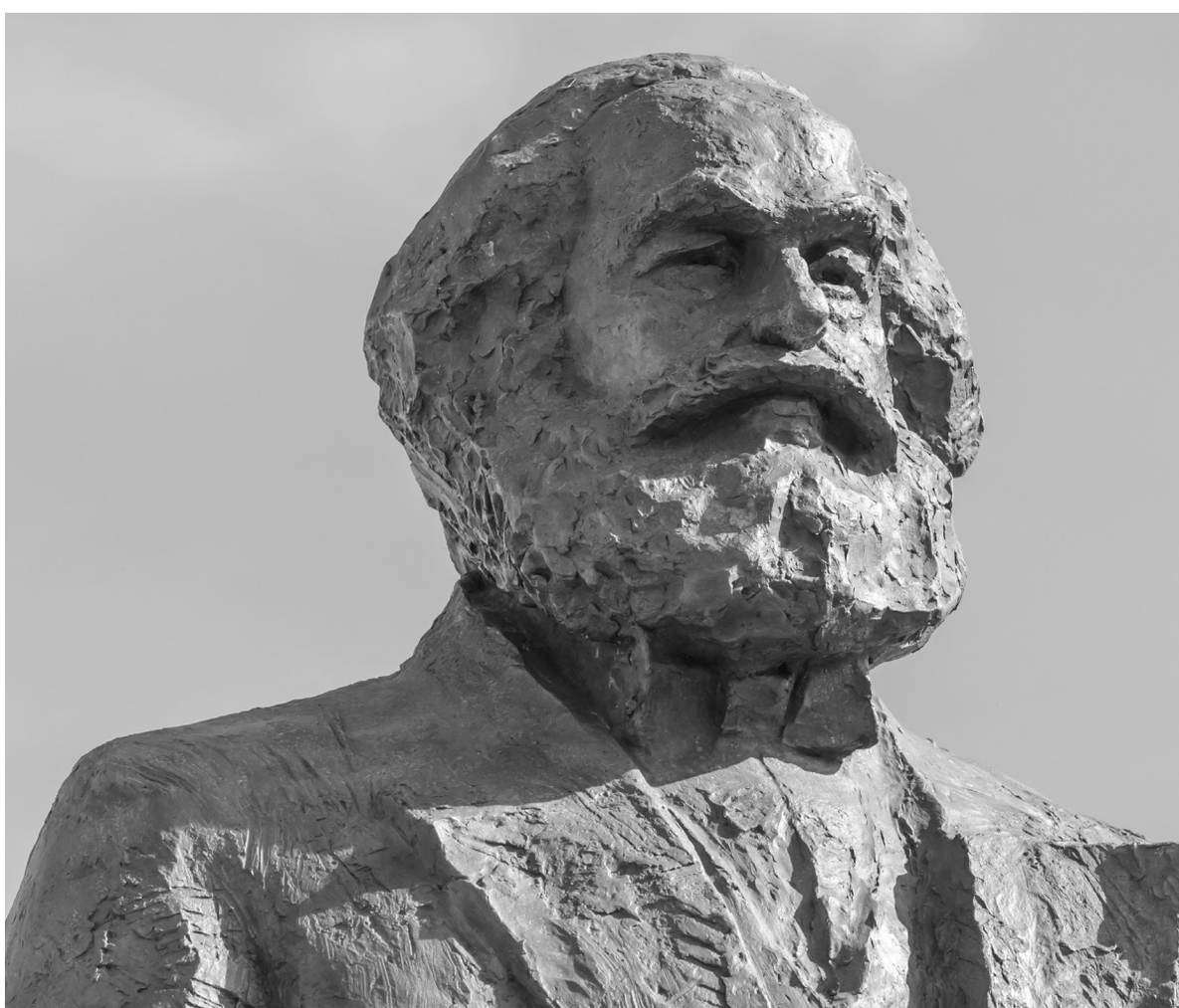
Nach innen müssen Demonstranten selbstkritisch bleiben und offen um die richtigen Argumente ringen. Wenn sie das ehrlich tun, ist eine „Spaltung“ im Sinne einer Abspaltung von falschen Standpunkten unausweichlich. Selbstkritik hilft auch dagegen, dass die Funktion der Selbstvergewisserung bei Demonstrationen übermächtig wird und in den Mittelpunkt der politischen Aktion rückt. Begünstigt wird Letzteres durch häufig richtige, aber höchst unrealistischen Forderungen, wie zum Beispiel jene nach der Abschaffung der „Festung Europa“.[1] Da diese Forderung offensichtlich nicht durchsetzbar ist, bliebe von der Aktion kaum mehr als die moralische

1 Wir sind uns der Etablierung dieses Begriffs durch Joseph Goebbels bewusst, sehen aber auch, dass er einen Bedeutungswandel erfahren hat und heute häufig für pointierte Kritik an der europäischen Abschottungspolitik verwendet wird.

Selbstvergewisserung übrig, für „das Richtige“ auf die Straße gegangen zu sein, wenngleich dies auch absolut folgenlos wäre. Damit werden die Politik und mit ihr die gesellschaftlichen Verhältnisse als unveränderbar erlebt.

Gegen Demokratieverdruss hilft es, Demokratie erlebbar zu machen. Zu erfahren, dass man selbst einen Unterschied machen und das eigene Handeln (politische) Konsequenzen haben kann, ist eine wichtige individuelle und kollektive Erfahrung im Hinblick auf das Fortbestehen der Demokratie. Für eine antifaschistische Bewegung heißt das im Umkehrschluss, dass sie mit der kontinuierlichen Produktion von Misserfolgen an ihrem eigenen Ast sägt, weil sie ihre Aktiven so dem Risiko ständiger Desillusionierung aussetzt. Die politische Irrationalität hinter mancherlei Forderung lässt sie Gefahr laufen, die faktische Begrenztheit der unmittelbaren politischen Einflussmöglichkeiten auf konkrete Politiken zu verkennen. Dieselbe wohnt dem demokratischen Prozess in der repräsentativen Demokratie aber nun mal inne und ist unseres Erachtens als Konsequenz parlamentarischer Vermittlung zum Zwecke der Sicherung individueller Freiheit auch prinzipiell vernünftig. Der Prozessblindheit verschwistert ist die Tendenz, die ungleich größeren, jedoch weniger greifbaren mittelbaren politischen Veränderungspotentiale, insbesondere hinsichtlich der Ausbildung kritischen Bewusstseins in der Gesellschaft, zu vernachlässigen. Mit diesem ständigen Widerspruch zwischen Gestaltungsmacht und -ohnmacht muss jede politische Bewegung umgehen. Seine Lösung beginnt damit, sich der Grenzen des eigenen Einflusses gewahr zu werden, ohne daran entweder zu resignieren, abzustumpfen und der Ohnmacht zu erliegen – oder aber in kopflosen Aktionismus zu verfallen. Vielmehr sind die eigenen politischen Kämpfe mit Bedacht zu wählen sowie je neu entstehende Widersprüche intellektuell zu durchdringen und praktisch auszuhalten.

Bild: Alles, was ich weiß, ist, dass ich kein Marxist bin. (Foto: © Jan Maximilian Gerlach)



DIE NEUE RECHTE UND DIE ZUKUNFT EUROPAS

von Maximilian Karbach

Die Debatte über die Neue Rechte und ihre parlamentarische wie außerparlamentarische Anhängerschaft wird in den letzten Jahren intensiv geführt. Die Auseinandersetzung mit den Rechtsintellektuellen kann dabei ernsthaft sein, wird aber häufig polemisch geführt. Dabei ist für den späteren Umgang mit den Akteuren des Rechtspopulismus und der neuen Rechten eine vorhergegangene inhaltliche Auseinandersetzung mit Zielen, Visionen und Strategien wichtig. Der Impuls zu einer polemischen Auseinandersetzung scheint häufig aus dem Impuls der Vermeidung einer echten Beschäftigung mit den Thesen der Rechten herzurühren. Oftmals spielen dann unsachliche Angriffe von außen den Attackierten zu, stärken den Zusammenhalt im Inneren oder verschaffen den Rechtsintellektuellen das Bewusstsein geistiger Überlegenheit.

Daher sollen hier die Theorien der Neuen Rechten skizziert und besonders problematische Textstellen hervorgehoben werden. Synchron dazu werden ihre Argumentationslinien kritisch beleuchtet und zurückgewiesen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf neurechten Europamodellen. Sie spielen in den Theorien eine keineswegs untergeordnete Rolle, erhoffen sich die Gesinnungsgenoss*innen von einem europaweiten Zusammenschluss doch mehr politische Wirksamkeit. In ihren Europavisionen sich teils widersprechend, sich teils zustimmend, sind die neurechten Theoretiker von Frankreich bis nach Russland gut vernetzt. Mit Alaine de Benoist und Renaud Camus treten zwei Franzosen für ein Europa ein, das sich vor Migrant*innen abschottet oder sich ihrer gar entledigt. Der russischstämmige Alexander Dugin, der hier an dritter Stelle thematisiert wird, bedient sich eines imperialistischen Tonfalls und möchte ein eurasisches Weltreich etablieren. Benoist, Camus, Dugin – alle drei treten mit einem dezidiert wissenschaftlichen Anspruch auf, greifen aber auf typisch rassistische Ideologie zurück, die die Ungleichheit verschiedener Menschengruppen voraussetzt.

Alain de Benoist und die Wahrung nationaler Identitäten

Die Formierung der ersten Gruppierung, die sich als Neue Rechte bezeichnete, lässt sich auf das Jahr 1968 datieren. Als die Proteste linksgerichteter Studierendengruppen ihren Höhepunkt erreichten, entstand um Alain de Benoist mit der Nouvelle Droite die wohl einflussreichste neurechte Ideenschmiede Europas. Benoist und die ihm zuzuordnenden Mitglieder der Nouvelle Droite sehen im Liberalismus und der globalen Wirtschaftsordnung ihre ideologischen Hauptfeinde. Indem der Liberalismus alle Menschen für gleich erkläre, meint man hier, überlagere und nivelliere er mehr und mehr die Verschiedenheiten der Menschen. Im liberalen Schmelztiegel drohe nun nicht nur die Vermischung der einzelnen Individuen, sondern auch diejenige der Völker der Erde. Völker sind für Benoist „keine bloßen

Additionen individueller Atome, sondern Wesenheiten“ **[1]** mit einer eigenen Identität. Dem gegenüber unterstellt Benoist dem Liberalismus eine Atomisierung der Gesellschaft und präsentiert eine naturalisierte Vorstellung von einem wesenhaften Volk als geeignetes Gegenmittel. Solche teils naturalistischen, teils rassistischen, teils nationalistischen Vorstellungen beleuchtet der Philosoph Giorgio Agamben rassismuskritisch und erkennt, dass hierin „Nativität und Nationalität“ in Eins fallen **[2: 140]**. Demnach glaubt man in solchen Vorstellungswelten, der Mensch sei schon allein deshalb an das Schicksal der Nation gebunden, weil er in ihr geboren wurde **[ebd]**. Auf der übernationalen Ebene konstruiert man dann ein System, in dem jedem Volk jeweils ein Staat zugewiesen wird, der von anderen Nationen streng getrennt ist. Die Nationen sollen nebeneinander, aber kaum miteinander existieren. Diese Perspektive wird häufig als Ethnopluralismus bezeichnet.

Wo nun die europäischen Nationen in die suprastaatliche Ordnung der Europäischen Union überführt werden sollen, leuchtet für Benoist ein Problem auf. Schließlich könnten die nationalen Identitäten so überformt werden. Dennoch hält Benoist den europäischen Integrationsprozess für alternativlos, weil der europäische Einzelstaat über zu wenig politische Potenz verfüge, um sich den großen globalen Zeitfragen stellen zu können. Deshalb befürwortet er eine lose, bundesstaatlich organisierte Staatenföderation, in der die kulturellen Eigenheiten der jeweiligen Nation von äußeren Einflüssen abgeschirmt werden. Entsprechend kommt hier Migration bestenfalls nicht vor. Allerdings sind es weniger die Migrant*innen, denen Benoist die Schuld für die drohende Verwischung der europäischen Identitäten zuschreibt. Vielmehr sei die konsumorientierte Lebensart schuld, die in der westlichen Gesellschaft vorherrsche. Ihre Konsumversprechen würden die Migrant*innen anlocken und über den Wert der heimischen Kultur hinwegtäuschen, woraufhin sich die Fluchtbewegung in Gang setze **[1]**. Offensichtlich orientiert sich Benoist hier an einer antiimperialistischen Kapitalismuskritik, die er jedoch auf das Konsumverhalten verkürzt, sodass eine nennenswerte Kritik am System des kapitalistischen Wirtschaftens ausbleibt. Stattdessen verschafft er seiner Theorie Legitimität, indem er ein weit verbreitetes Unbehagen gegenüber dem Kapitalismus anspricht. Prinzipiell wird Benoists Theorie so anschlussfähiger, was Menschen in sein Theoriegebäude locken mag, die vom Ethnopluralismus vielleicht nichts wissen wollten, sich dann aber überzeugen lassen. Die vermeintliche Parteinahme mit den Migrant*innen spielt dem ebenfalls zu. Doch darf man nicht übersehen, dass es Benoist vornehmlich darum geht, Europa nach innen und außen abzuschotten und kaum um eine Apologie der Migrant*innen. Benoists scheinbare Parteinahme mit den Migrant*innen reicht noch weiter. Auf Grund ihres Zuzugs stehe nämlich nicht nur aufseiten der europäischen Nationen die Auflösung der Identitäten zu befürchten, sondern auch aufseiten der Einwandernden. Die Migrationspolitik setze diese einem enormen Anpassungsdruck aus, der sie dazu zwinge, ihre angestammten Lebensweisen auf den Privatbereich zu beschränken. All dies geschehe unter dem ideologischen Primat der Rechtsgleichheit, der Menschen als Staatsbürger*innen definiere und die kulturelle Diversität insofern überwölbe und einebne **[1]**.

In diesem Kontext ist auch Benoists Kritik an der deontologischen Ethik Immanuel Kants zu sehen, die zugleich eine Kritik an den Menschenrechten ist, die auf kantischen Prämissen beruhen. Jedenfalls sind dies beides Versuche, eine universell geltende Moral zu begründen. Das aber hält Benoist für unmöglich, da weder Moral noch Recht außerhalb eines sozialen Kontextes entstehen könnten **[3]**, also weder das eine, noch das andere außerhalb eines überschaubaren Sozialgefüges für sich Geltung beanspruchen könne. Dieser Argumentationslogik folgend, ist Europa die höchstmögliche suprastaatliche Ordnungsstufe, aber die Erde keine „politische Kategorie“ **[1]**. Dass dies der Fall sei, meinte vor Benoist auch Carl Schmitt, der schon dem Nationalsozialismus zu vermeintlich wissenschaftlicher Legitimation verhalf. Heute wie damals wird behauptet, es gäbe kein internationales, sondern nur nationales Recht. Gegen beide muss man einwenden, dass sie einen Zustand als Tatsache darstellen, der nichts weiter als eine Wunschvorstellung ist und eben keine Tatsache. Allein: Die empirische Realität widerspricht ihnen. Auf internationaler Ebene findet eine politische Institutionalisierung statt. In diesem Sinne beziehen sich beispielsweise das internationale Recht oder die Vereinten Nationen auf die Erde, die also offensichtlich eine

politische Bezugsgröße darstellt. Weiterhin haben sich die Völker der Erde gerade in den Vereinten Nationen dazu fähig gezeigt, Interessensunterschiede und globale Fragen ohne Waffengewalt auszuhandeln. Dies gelang ihnen zwar nicht immer, aber doch auch, und oftmals trotz der Unterschiede in den angestammten Rechts- und Moralvorstellungen.

Das ›migrantenbereinigte‹ Europa des Renaud Camus'

Anders als Benoist, der zwar für eine Begrenzung der Einwanderung, nicht aber für die Vertreibung ansässiger Migrant*innen eintritt **[1]**, macht sich Renaud Camus gerade für Letzteres stark. Mit dem Schlagwort vom „Großen Austausch" glaubt er einen europaübergreifenden demographischen Transformationsprozess erfassen zu können – eine „islamische Eroberung" **[4: 83]**. Seine These stützt er auf eine Rede des ehemaligen algerischen Staatschef Houari Boumedienne. Im Jahr 1974 habe dieser vor den Vereinten Nationen von Menschenströmen gesprochen, die sich eines Tages von der Südhalbkugel gen Norden in Bewegung setzen würden. Nicht mit friedlichen Absichten, sondern als Invasor*innen würden sie auf die Nordhalbkugel kommen. Die Kinder aus dem Süden seien Eroberer*innen. „Die Bäuche", zitiert Camus im Wortlaut, „unserer Frauen werden uns den Sieg verschaffen" **[ebd]**. Weil die Europäer*innen dagegen weniger Kinder zeugen würden, kommentiert Camus, würden sie auch alsbald in der Minderzahl sein. Wenn es hierzu komme, würden die Migrant*innen aus dem schützenden Windschatten linksgesonnener Migrationsbefürworter*innen treten und der gesellschaftlichen Machtmittel habhaft werden **[4: 54]**. Der Austauschprozess selbst sei die Konsequenz der einstigen europäischen Kolonialherrschaft, die seitens der vormals Kolonisierten traumatisch erinnert werde und Vergeltungswünsche hervorrufe **[4: 82]**. Folgt man der Logik vom „Austausch", treibt der islamische Bevölkerungsanteil seine Geburtenraten also nicht nur aufgrund Boumediennes Agitation, sondern auch tiefenpsychologisch motiviert in die Höhe. Allerdings ist jene Vorstellung des massenpsychologischen Vergeltungswunsches eine reine Suggestion. Sie entbehrt jeder Grundlage und übertüncht nur die tatsächlichen Fluchtursachen wie etwa Armut und Krieg, worauf noch einzugehen sein wird. An dieser Stelle sei gesagt, dass Camus mit derartigen Mitteln eine Drohkulisse aufbaut, die rassistisch motiviert ist und gängige Vorurteile bedient. Unterfüttert wird dies mit verschwörungstheoretischen Annahmen, die Martin Sellner, Kopf der Identitären Bewegung, übernimmt.
Wie Camus so meint auch Sellner, dass der „Große Austausch" von dem sogenannten „politisch-mediale Komplex" **[4: 84]** verschleiert, verwaltet und betrieben werde. Dem besagten Komplex ordnet Sellner drei Akteure zu: Erstens nationale wie globale Unternehmen, die an geringen Lohnkosten und einer globalen Wirtschaftsordnung interessiert sind, zum zweiten Politiker, die auf das Wählerpotenzial von Einwanderer*innen zurückgreifen möchten, und schließlich Intellektuelle wie auch Kulturschaffende, letztlich aber von einem falschen Kosmopolitismus durchdrungene Moralist*innen. Die Migrant*innen seien so gesehen zwar keine Opfer, jedoch würden sie für die demographische Entwicklung auch nicht die Alleinschuld tragen. Um dem Austauschprozess entgegenzuwirken, hält es Sellner für nötig, die „Austauscher" auszutauschen, „bevor sie ihr Volk austauschen" **[6: 206-207]**. Was sich hinter diesem Wortspiel verbirgt, ist ein gängiges Ideologieelement des Rechtspopulismus, nämlich die Feindlichkeit gegenüber den herrschenden Eliten, die sich vermeintlich als korrupt erwiesen haben. Im Zuge des „Austauschs" sollen diese Eliten abgesetzt und ihre vakanten Positionen von den neuen Rechten übernommen werden. Strukturell soll sich also erst einmal nichts ändern.
Was neben Sellners Elitenaustausch die Reaktion auf die vorgebliche Invasion betrifft, so sind auch Camus' Empfehlungen mehr als fragwürdig. Zunächst klammert er die Forderung nach mehr europäischen Kindern aus, da ja die menschliche Gesamtpopulation alsbald ohnehin die Kapazität der Erde übersteige. Stattdessen plädiert er dafür, „die Nichteuropäer daran zu hindern, in Europa Kinder zu zeugen" **[4: 88f]**. Zusätzlich sollen die Migrant*innen in ihren Herkunftsländern von Geburten abgehalten werden **[4: 88]**. Sicherlich: Wenn man gegenüber zukünftigen Hungersnöten keinen Ausweg sieht, lässt sich über Geburtenkontrollen diskutieren. Warum aber sollen nur Nicht-Europäer in Europa keine Kinder zeugen? Camus wertet die Überbevölkerungsproblema-

tik eindeutig rassistisch um. Rassistisch deshalb, weil zwischen Europäer*innen und Nicht-Europäer*innen eine Ungleichheit konstruiert wird, mit der die eine Gruppe gegenüber der anderen abgewertet wird. Weiterhin schlägt Camus vor, die Migrationsbewegung in die Herkunftsländer zurückzulenken. Idealerweise könne dies auf demokratischem Wege erreicht werden. Denn würden die Europäer*innen für neurechte Grundsätze gewonnen, würden neurechte Ideen mehrheitsfähig und es könne per Gesetz und nicht mit Gewalt eine Tendenzwende eingeleitet werden. Unter diesem Licht gelten Camus die Institutionen der Europäischen Union auch nicht als Übel. Vielmehr könne eine zentrale europäische Machtinstanz die „Rückführung" effektiv steuern **[4: 135f]**. Dabei klingt „Rückführung per Gesetz und nicht mit Gewalt" wie ein friedliches Verfahren und damit allzu euphemistisch. Die Praxis von Abschiebeverfahren gestaltet sich konkret als durchaus gewaltvoll, was deutlich wird, wenn Betroffene und Unterstützer*innen versuchen, die „Rückführung" – oftmals aus guten Gründen – zu verhindern.

Zusammengenommen gerät Camus' Argumentationsarchitektur allzu oft ins Wanken: Erstens lässt sich die Echtheit des oben angeführten Boumedienne-Zitats nicht belegen. Eine Fußnote setzt Camus nicht, eine genuine Quelle ließ sich nicht ausfindig machen. Ob es schlicht an einer Überlieferung fehlt oder ob die Sätze nie ausgesprochen wurden, muss hier unentschieden bleiben. Indem Camus die Einzelaussage einer Person auf die Mentalität eines Kontinents hochrechnet, vollzieht er jedenfalls einen induktiven Fehlschluss. Damit bedient er sich einer Argumentationsweise, die dem rassistischen Grundlagenrepertoire entnommen ist: Einzelne Aussagen, Handlungen oder Verhaltensweisen, die die Eigengruppe negativ bewertet, werden auf die Fremdgruppe im Gesamten übertragen, während eine solche Übertragung innerhalb der eigenen Gruppe undenkbar wäre. Sozialpsychologische Studien haben gezeigt, dass derart unterschiedliche Maßstäbe zumeist dann angelegt werden, wenn Konkurrenz zwischen Gruppen empfunden wird oder individuelle Bedürfnisse befriedigt werden sollen. Diese Wertungen setzen sich im alltäglichen Verhalten unterbewusst fest **[5: 72]**. Zweitens schafft Camus die Suggestion einer Migrationsbewegung, die die demokratischen Systeme des Westens stürzen will. Das ließe sich allenfalls von migrantischen Gruppen sagen, die antidemokratisch eingestellt sind wie etwa islamistische Gruppen oder wie die türkische rechtsextreme Organisation Graue Wölfe. Für Geflüchtete im Allgemeinen ergibt das Argument wenig Sinn, weil sie wegen der Prosperität, der Sicherheitsgarantien und der demokratischen Verfasstheit ebenjener Systeme in den Westen fliehen. Drittens hält man Unternehmen, Politiker und Kulturschaffende für die treibenden Kräfte des Austauschs. Man glaubt also, dass eine kleine böswillige Gruppe die Gesellschaft insgeheim steuere und manipuliere. Damit stellt das camus'sche Denken eine Verschwörungstheorie dar und weist zudem strukturelle Gemeinsamkeiten mit antisemitischen Konspirationsauffassungen auf, wofür die These von der zionistischen Unterwanderung ein bekanntes Beispiel wäre. Die Behauptung, dass nur neurechte Insider dazu fähig seien, das besagte Spiel zu durchschauen, erhärtet diesen Befund. Denn an dieser Stelle nutzt Camus einen Mechanismus, der für Verschwörungstheorien typisch ist und als Kritikimmunisierung bezeichnet werden kann. Die Kritikimmunisierung erlaubt es, Angriffe auf das eigene Gedankengebäude mit der Begründung zurückzuweisen, der Angreifende selbst sei Teil einer Verschwörung oder vereinnahmt von einer Weltanschauung. Daher sei er unfähig, zu urteilen **[vgl. 7: 181-184]**.

Alexander Dugin und das expansive Potenzial Europas

Auf der Internetpräsenz der Sezession, dem publizistischen Flaggschiff für neurechte Theoriebildung in Deutschland, wird Alexander Dugin, einstiger Lehrstuhlinhaber an der Moskauer Lomonossow-Universität, als Slavoj Žižek des rechten Spektrums vorgestellt **[8]**. Was ihn vom Gros neurechter Theoretiker*innen abhebt, ist der geopolitische Blickwinkel, der ihn die Reorganisation der internationalen Staatenwelt prognostizieren lässt. Antiliberalismus, Antiglobalisierung und Antiamerikanisierung sind die Kerngehalte der Ideologie des Eurasianismus, die Dugins Denken auf dem weltpolitischen Koordinatensystem eine Richtung geben **[10: 9]**. Dabei verfechtet Dugin ein mystisch-dualistisches Weltbild, in dem sich antagonistische Gegensatzpaare – verkörpert von geo-

politischen Akteuren – feindlich gegenüberstehen. Auf der einen Seite symbolisieren die Seemächte solche Systeme, die veränderlich und demokratisch geprägt sind und (Kultur-) Grenzen universalistisch auflösen. Auf der anderen Seite stellen die Länder des Erden-Elements stabile Ordnungen dar, die eine ausgeprägte Hierarchie besitzen und kulturelle Eigenarten einzelner Völker erhalten **[14]**. Auf der einen Seite steht folglich das demokratische System westlichen Zuschnitts – beziehungsweise das „Reich des Antichristen“ **[13]**, das die USA verkörpern –, während auf der anderen Seite das Russland Dugins steht. Im Rahmen dieses Mystizismus wirft Dugin den „Juden“ vor, die Prinzipien der Seemächte begründet und mit verschwörerischen Mitteln über die Welt verbreitet zu haben **[9: 154]**. Jener universalistischen und demokratischen Welt sagt Dugin den Kampf an. Einen Verbündeten sieht er im fundamentalistischen Islam. Mit ihm teilt er die feindliche Einstellung gegenüber den Finanzhäusern, dem Wucher und dem liberalen Wirtschaftssystem **[11]**. Der Antisemitismus dient hier als integrierendes Moment, ist er doch sowohl dem Islamismus als auch dem dugin‘schen Weltbild eingeschrieben. Auch wenn der Rassismus für jenes Weltbild nicht konstitutiv ist, so glaubt Dugin doch an die Existenz menschlicher Rassen **[9: 159]**.

Vor diesem Hintergrund möchte Dugin den kultur- und wirtschaftspolitischen Einfluss der USA zurückdrängen. Schließlich verbreite die USA die beiden Ideologien „Globalismus“ und Liberalismus über den Erdball und sorge so dafür, dass die Völkervielfalt verloren gehe **[13]**. Um die Volksidentitäten gegen die Weltanschauung der USA zu verteidigen, bringt Dugin seinen Eurasianismus in Spiel, der zur weltumspannenden Ideologie werden soll. Mit dieser ethnopluralistischen Vorstellung erteilt Dugin der individuellen Entfaltung eine Absage. Stattdessen werden homogene Völker konstruiert, in denen das Individuum der vorherrschenden Kultur unterworfen wird. Erkennbar ist Dugins Weltanschauung im Kern völkisch und antipluralistisch. Gleichzeitig kommt sie – recht eigenwillig – kosmopolitisch daher, schließlich ist ihr am Wohl der Weltvölker gelegen. Tatsächlich aber deutet Dugin das kosmopolitische Ideal um und lädt es imperialistisch auf.

In diesem Sinne glaubt Dugin, dass Russland ein imperiales Zeitalter bevorstehe. Laut seiner geopolitischen Zukunftsanalyse werde sich der Erdball bald in suprastaatliche Formationen fragmentieren, die Dugin im Anschluss an Carl Schmitt als Großräume oder „demokratische Imperien“ **[10: 9]** bezeichnet. An der Westgrenze eines russischen Imperiums werde ein euroafrikanische Großraum entstehen, den die Europäischen Union dominieren werde. Zuvor müsse Europa den hegemonialen Einfluss der USA in Nordafrika zurückdrängen und es den dortigen Völker ermöglichen, zu ihrer ursprünglichen Lebensweise zurückzukehren, von der sie in der Kolonialzeit entfremdet worden seien. Offensichtlich läuft das aber keineswegs auf ein autonomes Afrika hinaus, sondern vielmehr auf ein Afrika, das unter der Herrschaft Europas steht. Ginge es nach Dugin, sollte auch dieses Europa nicht autonom bleiben, sondern in das russische Imperium eingegliedert werden, das dereinst bis nach Lissabon reichen soll. „Wir müssen Europa erobern, eingliedern und anschließen“, zitiert ihn die neurechte Zeitschrift Junge Freiheit. Die Eroberung Europas müsse jedoch nicht notwendigerweise militärisch, sondern könne auch durch Subversion erreicht werden wie etwa durch die Unterwanderung der europäischen Parlamente **[15]**. Im Kontext solcher Reden stilisiert Dugin sein imperiales Russland zu einem Heilsbringer, der Europa und die Welt vom hegemonialen Einfluss der USA befreien soll. Durch diese Frontstellung – hier Russland und dort die USA – tradiert Dugin den Antagonismus des Kalten Krieges.

Vorbilder für diese Weltmachtphantasien finden sich in der Konservativen Revolution und im Nationalsozialismus. Vor diesem Hintergrund idealisiert Dugin kulturpessimistisch das vorauf-geklärte alte russische Weltbild, laut dem sich Russland „im Einklang mit den Kräften der Transzendenz“ **[13]** befinde. Zurecht bezeichnet ihn daher der Rechtsextremismusforscher Samuel Salzborn als „mythologischen Apokalyptiker, der den gegenaufklärerischen Phantasien und reaktionären Utopien der rechtsextremen, insbesondere neurechten Szene die ambitionierte Hoffnung auf Macht verleiht“ **[9: 163]**. Es bleibt hervorzuheben, dass sein machtorientiertes Weltbild jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehrt, verschwörungstheoretisch argumentiert und von einem antizivilisatorischen Geist geprägt ist.

Fazit

Die rechten Vordenker haben keine einheitliche Theorie, jedoch gewisse gemeinsame Grundlinien und ansonsten mehr oder minder große Differenzen. Mit Benoist und Camus wurden hier zwei Theoretiker vorgestellt, die sich eher auf die Abschottung Europas nach innen beziehen, während sich Dugin vornehmlich mit der globalen Ausbreitung Russlands und Europas befasst.
Alain de Benoist betrachtet Nationen als Naturgegebenheiten, die der Liberalismus auf ideelle Weise überlagert. Dem stellt er ein diffuses ethnopluralistisches Konstrukt entgegen. Wie für Dugin, so bedeutet für Benoist Freiheit nicht die Freiheit einzelner Personen, sondern die Freiheit einzelner Völker. Obwohl er deren Identitäten bewahren will, befürwortet er einen losen Zusammenschluss der europäischen Staaten. Nur so sei es möglich, dass Europa seine weltpolitischen Interessen durchsetzen könne. Einen globalen politischen Raum lehnt Benoist allerdings ab – und spielt sich mit derartigen Widersprüchen selbst aus. In seinem Gedankengebäude ist der Einfluss von Carl Schmitt erkennbar. Dessen Vorstellungswelt wird bei Benoists mit Gedankensträngen zusammengebracht, die denjenigen linker Kapitalismus-Kritiker*innen und Migrations-Aktivist*innen ähneln: Liberalismus- und Konsumkritik werden verbunden.
Während Benoist die Migration nur begrenzen will, fordert Camus unmittelbar dazu auf, Europa von Migrant*innen zu „bereinigen“, weil er in ihnen eine Gefahr für die europäischen Demokratien sieht. Die Migrationsbewegung selbst werde von Rachewünsche ausgelöst, die die migrantischen Gruppen gegenüber ihren vormaligen Kolonisator*innen hegen würden. Westliche Eliten würden diese Entwicklung befürworten, da sie sich von der Einwanderung mehr Kontrolle über die eigene Bevölkerung erhoffen würden. Verschwörungstheoretisches Denken wie dieses basiert zwar nur auf wagen Vermutungen, jedoch eignet es sich nicht zuletzt deshalb auch für neurechte Propaganda. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die sogenannte Identitäre Bewegung mit Camus’ Theorie arbeitet.
Alexander Dugin propagiert mit seinem Eurasianismus ein russisches Weltreich, das in Gegnerschaft zum Liberalismus, der Globalisierung und den USA entstehen soll. Europa soll zwar imperialistisch auftreten, schlussendlich aber selbst Teil jenes russischen Imperiums werden. Die ideologischen Vorbilder dieser Theorie finden sich im Nationalsozialismus und in der Konservativen Revolution. Letztendlich verlässt Dugin den Bereich der rationalen Argumentation vollständig, wenn er seine ebenso mystisch-mythologische wie reduktionistische Theorie mit antisemitischen Vorstellungen zusammenbringt.
Langfristig möchte die Neue Rechte diskursive Hegemonie gewinnen, indem sie sich sozusagen in den Diskurs „einschleicht“. Wie viel Raum darf man also ihren Theorien einräumen, wenn man ihnen nicht zuspielen will? Eine offene Gesellschaft muss allerdings auch wissen, wer ihre Gegner sind. Nur dann können neurechte Elemente erkannt werden, wenn sie im Diskurs aufleuchten. Allgemein sollte sich Kritik am neurechten Spektrum weder nur auf normative Einwände noch auf logische Fehler beschränken, sondern beide Seiten beinhalten. Ferner muss derjenige, der auf kritische und wissenschaftliche Weise in den Diskurs eingreift, intellektuelle Redlichkeit an den Tag legen. Dem wird unter den Genannten nur Benoist ansatzweise gerecht. Zugleich dürfen sich die Diskutant*innen auch nicht von grundlegenden moralischen Werten entbunden fühlen. Das aber machen jene, die Gruppen rassistisch als Bedrohung stilisieren, wie auch jene, die imperialen Herrschaftsansprüchen das Wort reden. Wer nach sinn- und verantwortungsvollen Alternativen zu den vorgestellten Theorien und Europamodellen sucht, der wird im liberalen Lager fündig. Mit kantischen Ideen im Rücken weist man hier in Richtung einer globalen Rechts- und Friedensordnung, für die sich das europäische Projekt nur als Etappenschritt erweisen könnte **[vgl. 16: 243f]**.

Literatur

1 Benoist, Alain de (1999): Die Nouvelle Droite (Neue Rechte) des Jahres 2000. Aufstand der Kulturen. In: Junge Freiheit, 24.09.1999.

2 Agamben, Giorgio (2002): Homo sacer – Die Souveränität der Macht und das nackte Leben. Frankfurt am Main.

3 Benoist, Alain de & Champetier, Charles (2012): Manifesto for a European Renaissance. Budapest (E-Book), Kapitel 6.

4 Camus, Renaud (2016): Revolte gegen den Großen Austausch. Schnellroda.

5 Sassenberg, Kai (2009): Sozialpsychologische Determinanten – Motivation und Selbstregulation. In: Beelmann, Andreas & Jonas, Kai J. (Hg.): Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven. Wiesbaden, S. 61-74.

6 Sellner, Martin (2017): Der Große Austausch in Theorie und Praxis – Ein Nachwort von Martin Sellner. In: Camus, Renaud (2017): Revolte gegen den Großen Austausch. Schnellroda, S. 189-221.

7 Popper, Karl (1980): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. München.

8 Lichtmesz, Martin (2014): Alexander Dugin. Der postmoderne Antimoderne (1). Online verfügbar unter https://sezession.de/45820/alexander-dugin-der-postmoderne-antimoderne-1.

9 Salzborn, Samuel (2017): Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Weinheim 2017.

10 Dugin, Alexander (2015): Konflikte der Zukunft. Die Rückkehr der Geopolitik. Selent.

11 Hielscher, Karla (1995): Der Eurasismus. Die neoimperiale Ideologie der russischen „Neuen Rechten“, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H.5, S. 465-469.

12 Dugin, Alexander (1997): Grundlagen der Geopolitik. Die geopolitische Zukunft Russlands. Moskau (E-Book), Buch 1, Teil 4, Kapitel 4.

13 Dugin, Alexander (2001): Eurasien über alles. Das Manifest der eurasischen Bewegung. Online verfügbar unter http://www.4pt.su/de/content/eurasien-uber-alles.

14 Luks, Leonid (2004): Eurasien aus neototalitärer Sicht – Zur Renaissance einer Ideologie im heutigen Russland, in: Totalitarismus und Demokratie, H.1, S. 63-76.

15 Rohbohm, Heinrich (2014): „Ich habe keine Verbindung zum Kreml“, In: Junge Freiheit, 27.11.2014.

16 Guérot, Ulrike (2016): Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie. Bonn.

Impressum

Matthias Köberlein	Redaktion, V.i.S.d.P.
Chiara Chassé	Redaktion
Dario Herold	Layout und Illustration
Niklas Wünsch	Lektorat
Lisa Braune	Lektorat
Karl-Wilhelm Koch	Lektorat
Elijah Weber	Freie Mitarbeit

Herausgeber*in

Multikulturelles Zentrum Trier
Balduinstraße 6, 54290 Trier

Eine Kooperation mit der

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz

BRICK BY BRICK

- WALL BY WALL -

MAKE THE

FORTRESS EUROPE

FALL!

INHALT

TEIL EINS
Arbeit mit Geflüchteten vor Ort

03 Die gute Story zählt
11 Flucht und Duldung aus (trauma-) psychologischer Perspektive
14 Jugendliche ohne Grenzen in Trier und Bundesweit
16 LGBTIQ - Refugees
18 Warum versucht ihr es nicht?

TEIL ZWEI
Seenotrettung

20 How Search and Rescue NGOs in the Central Mediterranean got under fire in the debate on migration
25 Interview: »Die Augen zu ver schließen und nichts zu tun, ist für mich keine Alternative«

TEIL DREI
Über den Tellerand

29 Vertrieben und Vergessen
34 Gardenie

TEIL VIER
Neue Rechte

35 5,50 Meter Projektionsfläche
46 Die neue Rechte und die Zukunft Europas

MULTIKULTURELLES ZENTRUM TRIER

In Kooperation mit der:

HEINRICH BÖLL STIFTUNG RHEINLAND-PFALZ e.V.